

wwl

was uns betrifft

RÜSTUNGS-EXPORT

Herrn
Gadhafi
Libyen

AN
IRAN,
TÜRKEI
...

ABS:
HECKLER & KOCH
OBERNDORF / NEUKAR

Herrn
Saddam Hussein
Draak
z. Zt. Kuwait



Eigentums
Export
Eigentums
Export
Eigentums
Export



Im Blickpunkt:

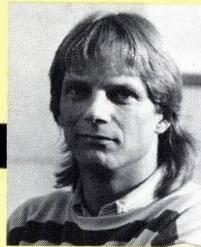
TOTALVERWEIGERUNG

AUSSCHREIBUNG ZUM

Pub-KUNSTPREIS '91

1. Preis: DM 500.-

INTERN



Recht intensiv

haben wir uns für diese wub-Ausgabe mit den Themen Totalverweigerung und Rüstungsexport beschäftigt und wie immer dabei einiges dazu gelernt – über Rechtsprechung zum Beispiel. Es war mir, ehrlich gesagt, bislang nicht so richtig klar, daß man 11 Monate Knast für 4 Monate Zivildienstverweigerung kriegen kann und 8 Monate auf Bewährung für den illegalen Export von Atomtechnologie nach Pakistan.

Oder: Daß einer 14 Monate im Gefängnis saß, weil er 11 Monate Zivildienst verweigerte und ein anderer mit 10 Monaten auf Bewährung davon kam, nachdem er bei dem Versuch erwischt wurde, 600 Maschinenpistolen und 125 Gewehre in den Irak zu liefern. Solche Vergleiche ließen sich seitenlang auflisten. Einerseits verteilen deutsche Gerichte serienweise Haftstrafen ohne Bewährung für Totalverweigerer („keine positive Entwicklung absehbar“), andererseits können skrupellose Geschäftemacher auch bei illegalem Waffenhandel als „Ersttäter“ in der Regel mit Bewährungsstrafen rechnen („bislang unbescholtene Bürger“). Und obendrein: Die Höchststrafe für „Dienstflucht“ beträgt laut Zivildienstgesetz 5 Jahre Gefängnis, drei Jahre sind das Maximum bei Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz. Wo die Unverhältnismäßigkeit von Straftat und Strafmaß derart krass ins Auge springt, da wird immerhin auch gut sichtbar, welche der beiden gesetzwidrigen Verhaltensweisen als die für die Gemeinschaft schädlichere und gefährlichere gewertet wird. Und welche Moral- und Wertentscheidungen der Rechtsprechung zugrunde liegen. Der schonende Umgang der Gerichte mit den „Händlern des Todes“ ist mithin nicht allein die Sache der Juristen, denn: Die Gesetze werden vom Parlament gemacht, Lücken und Schlupflöcher inklusive. Und solange der Handel mit Waffen bei uns weder prinzipiell strafbar ist, noch als grundsätzlich moralisch verwerflich gilt, solange muß es eigentlich nicht wundern, wenn illegale Waffenschieberei immer noch als so eine Art Kavaliersdelikt gewertet wird, nach dem Motto: „Nur wer sich erwischen läßt, ist dümmer als die Polizei erlaubt.“ Daß sich die Totalverweigerer den Behörden selber stellen und sich auf die grundgesetzlich garantierte Gewissensfreiheit berufen, hilft ihnen allzumeist nur wenig. Stattdessen urteilen Richterinnen und Richter gerade in ihren Fällen oft ganz besonders gründlich: Sie werten nämlich nicht nur anhand der Gesetze die Strafsache an sich – was ihre Aufgabe ist – sondern bewerten auch den Menschen selbst, und zwar dann, wenn sie zusätzlich darüber entscheiden, ob eine echte Gewissensentscheidung vorliegt oder nicht. Wir haben, wie gesagt, wieder einiges dazu gelernt, aber: Woher die Gerichte sowohl die rechtliche als auch die ethische Legitimation für diese Praxis der Gewissensprüfung nehmen, das haben wir immer noch nicht kapiert.

Herzlich Euer

Werner Schulz

INHALT

IM BLICKPUNKT	3
Totalverweigerung	
RÄTSEL	7
LESERBERICHT	8
Bewaffnete Friedenshelden?	
KONTROVERS	10
Brauchen wir ein soziales Pflichtjahr?	
RECHT	12
Die Verschwiegenheitspflicht	
WUB-THEMA:	13
RÜSTUNGSEXPORT	
Kein Waffenexport für Völkermord	14
Völkermord und Krieg mit deutschen Waffen	16
Das neue G 11: „Die präzise Tötungsmaschine der Welt“	17
Rüstungsexport verbieten – ohne jedes Wenn und Aber	18
Kampagnen, Zahlen, Bücher	20
WUB-GRAFFITI	21
UNTERWEGS	22
Wwoofen in Irland	
PORTRAIT	24
Für Frieden und Gerechtigkeit: Auguste Kirchoff	
BUCHTIPS	25
INFOS	26
BRIEFE	28
an die wub-Redaktion	
RÜSTZEITEN	30
GEDANKEN	31
von H. E. Bahr	
WUB-ART	32
Hasim Saydan: Ein menschenwürdiges Leben für das kurdische Volk	
Titel: A. Emmerling	



wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Ab.

IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDVer und ZDL (Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e. V. / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e. V., Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1 / Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Gerd Fliess, Stuttgart; Günter Knebel, Bremen; Holger Gilhorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wagner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 6368214, Fax (0711) 6369009 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Barbarossaplatz 4, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 244696. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 35060190) Konto-Nr. 30529 / Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDVer und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 10,-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 30. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse. / Gesamtherstellung und Layout: windhueter kollektiv, Heinkelstr. 27, 7060 Schorndorf, Tel. (07181) 61076 / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 53000 / ISSN 0936-6520

Einen „Händler des Todes“ hatte der Staatsanwalt den Angeklagten genannt. Gemeint war der Lehrer Unternehmer Jürgen Hippenstiel-Imhausen. Gegen ihn wurde am 27.6.90 das Urteil verkündet. Wegen der illegalen Lieferung einer kompletten Giftgasfabrik nach Libyen wurde der trickreiche Industrielle mit der im Außenwirtschaftsgesetz vorgesehenen Höchststrafe von 3 Jahren belegt. Plus 2 Jahre wegen fortgesetzter Steuerhinterziehung von schätzungsweise 35 Mio. DM, zusammen also 5 Jahre Haft.

Im August 1990 steht in Kassel ein KDVer vor Gericht, der Waffengewalt prinzipiell ablehnt und auch als Zivilist in keinerlei militärische Planung verwickelt sein will. Seine Kraftat: Nach 4 Monaten hatte der KDVer seinen Zivildienst aus Gewissensgründen abgebrochen. Wie alle „Totalverweigerer“ in der BRD wurde auch er angeklagt wegen „Dienstflucht“. Die Höchststrafe dafür, laut Zivildienstgesetz: 5 Jahre Gefängnis!

Ein Prozeß-Bericht von Werner Schulz

Amtsgericht Kassel, Mittwoch 29.8.90, 9.15 Uhr. „Strafsache Maurer, bitte eintreten in Raum 181.“ Es sind etwa 30, meist junge Leute, die im Gang des Gerichtsgebäudes den Aufruf über Lautsprecher vernehmen. Raum 181 ist eng, die Bezeichnung „Gerichtssaal“ wäre gleich ein paar Nummern zu groß: Ein längerer Tisch steht vorne an der Stirnseite, an ihm nimmt der Richter (in Robe) Platz, ihm zur Seite zwei Schöffen, eine Frau, ein Mann, beide Mitte 40; am Tisch links vor ihnen sitzen 2 Vertreter der Staatsanwaltschaft, ebenfalls eine Frau und ein Mann, beide Mitte 30; ihnen gegenüber der Angeklagte und sein Rechtsanwalt. Hinter der halbhohe Absperrung am anderen Ende des Raumes drängen sich etwa 25 Zuschauer, die Stühle reichen nur für 12. Freundlich, in überaus zuvorkommendem Ton besteht der Richter darauf, daß hier jeder einen Sitzplatz kriegt. Man holt Stühle von draußen, rückt zusammen, die Atmosphäre entspannt sich. Amtsrichter Weiß, so der erste Eindruck, gibt sich locker und offen und augenscheinlich will er sich Zeit nehmen, die Sache in aller Ruhe angehen.

Die Anklage

Zuerst die üblichen Formalien zur Person des Beschuldigten. Danach verliest die Staatsanwältin die Anklageschrift: Matthias Maurer, Gärtner, geb. 1968, ledig, Deutscher, ... des strafbaren Vergehens der Dienstflucht nach § 53 ZDG angeklagt, ... seit 3.1.90 eigenmächtig dem Zivildienst ferngeblieben, obwohl bis 30.4.91 einberufen, ... bisher strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten, ... hat den Anklagevorwurf bei seiner Vernehmung durch die Polizei in vollem Umfang eingeräumt, ... hat ausdrücklich betont, daß er auch in Zukunft nicht mehr daran denke, Zivildienst abzuleisten...

Totalverweigerung

Oder: Was tut ein Gärtner im Kriegsfall?



Foto: Axel Günsse

9.25 Uhr: Der Richter wendet sich an den Angeklagten. Seine erste Frage: „Was verdienen Sie in ihrem Beruf als Gärtner in etwa?“ Antwort: etwa 1800 netto, je nach Überstunden. Zweite Frage: Ob er als Beschuldigter denn etwas zu der Anklage gegen ihn sagen wolle? Natürlich will er – und natürlich muß er. Immerhin steht hier für ihn einiges auf dem Spiel und entsprechend hat er sich auf diesen Tag vorbereitet. Gleich zu Beginn zitiert Matthias aus einem Schreiben des Bundesamtes für den Zivildienst (BAZ) an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Kassel. Dort heißt es: „Sein Verhalten (das des Angeklagten) begründet den Verdacht der eigenmächtigen Abwesenheit nach § 53 ZDG, möglicherweise, um sich der Verpflichtung zum Zivildienst dauernd oder für den Verteidigungsfall zu entziehen.“

Vom BAZ, so erklärt der Angeklagte, sei er als KDVer aus Gewissensgründen anerkannt worden und nun teile eben dieses Amt mit, daß man ihn dort auch für den Verteidigungsfall brauche. Für solche Fälle aber, ja überhaupt für Kriegszwecke ganz allgemein und generell könne er entsprechend seiner inneren Überzeugung nicht zur Verfügung stehen. Dies, und nichts anderes, habe er schließlich mit seiner KDVer nach Art. 4/3 GG zum Ausdruck bringen wollen und insofern könne er den Verdacht des

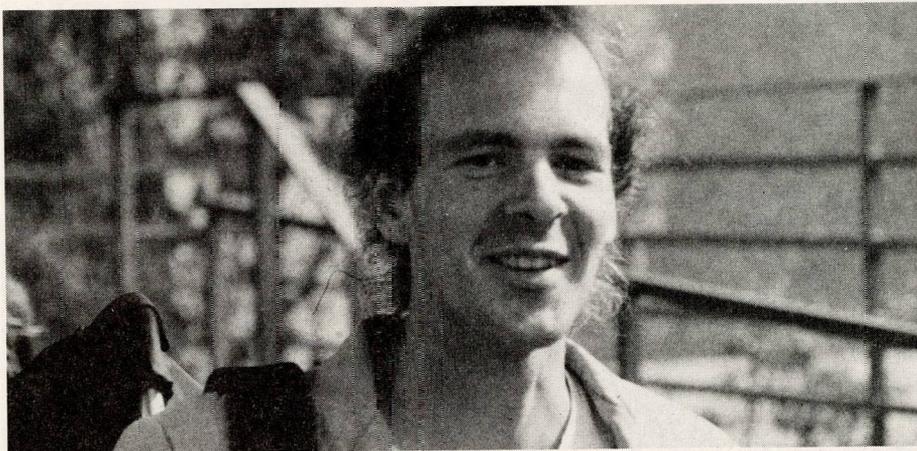
Bundesamtes, er wolle keinen Dienst im Kriegsfall leisten, nur voll und ganz bejahen. Diese Zielsetzung sei nach seiner Auffassung für einen KDVer geradezu eine Selbstverständlichkeit. Aufgrund der nun gegen ihn verhandelten Anklage müsse er aber feststellen, daß sein konsequentes Handeln nicht als Gewissensentscheidung gemäß Art. 4, Abs. 3 GG gewertet werde, sondern einen Straftatbestand darstelle, der schon in sogenannten Friedenszeiten mit Gefängnis geahndet werde. Dennoch ändere auch dies nichts an seiner Entscheidung, die er sich und seinem Gewissen ganz einfach schuldig sei. Und ausdrücklich bittet der Angeklagte das Gericht, man möge seine Haltung nicht mißverstehen: Gegen die Tätigkeit, die er in den 4 Monaten als Zivi auszuführen hatte, habe er prinzipiell nichts einzuwenden, das alles sei notwendige und sinnvolle Arbeit, die er unter anderen Vorzeichen auch gerne ausführen würde. Solange aber der Zivildienst über das staatliche Bundesamt derart eng in die Verteidigungsplanung eingewoben sei, solange ein ZDL per Gesetz zum unbefristeten Zivildienst im Verteidigungsfall vorgesehen sei, solange könne er sich dieser Maschine nicht unterwerfen, ohne dabei gleichzeitig sein eigentliches Anliegen als KDVer zu unterlaufen...

Der Beschuldigte

Während er dies alles dem Gericht erklärt und versucht, seine Argumente einsichtig zu machen, redet der Angeklagte frei und flüssig. Und obwohl er genau weiß, daß es hier für ihn um Gefängnis geht, wirkt er erstaunlich ruhig und sicher, antwortet auf Zwischenfragen prompt und ohne Umschweife. Für ihn, so mein Eindruck nach einer halben Stunde, ist der Fall klar, er hat sich entschieden: Entweder er ist KDVer –oder er ist ZDL. Beides zusammen, das kriegt er nicht hin.

Warum er denn anfangs, für immerhin 4 Monate, doch zum ZD bereit gewesen sei, will der Richter wissen. Matthias erklärt, daß er auch schon bei seiner Einberufung zum ZD die Totalverweigerung als den richtigeren Weg angesehen habe, damals allerdings sich nicht vorstellen konnte, die Konsequenz zu tragen. „Ich dachte, in den Knast zu gehen, das ist die Hölle.“

Immerhin habe er jedoch schon am ersten Zivildiensttag seinem Vorgesetzten mitgeteilt, daß er den Dienst gegen seine Überzeugung und nur aufgrund der drohenden Kriminalisierung antreten werde. Schon bald allerdings habe er gemerkt, daß nicht nur konsequentes Verhalten, sondern auch dieses „Mitmachen gegen die eigene Überzeugung“ eine Menge Kraft koste, und mehr und mehr habe er gespürt, daß er diese Kraft 20 Monate lang nicht würde aufbringen können. Als er nach 4 Monaten den ZD abbrach, sei dies „in gewisser Weise eine Art Befreiung“ gewesen. Warum er denn, fragt der Richter, nachdem er ja nun den Zivildienst ablehne, sich nicht um ein freies Arbeitsverhältnis nach § 15a ZDG bemüht habe. Matthias erklärt, daß er in einem solchen freien Arbeitsverhältnis kein deutlicheres KDVer-Zeichen als im ZD erkennen könne. Ihm sei ein solches Arbeitsverhältnis immer als eine Art von „Vorbeimogeln“ erschienen. Und schließlich: Auch diese Möglichkeit entbinde ihn nicht von der Verpflichtung, im Verteidigungsfall nach Art. 12a GG Dienst zu leisten. „Was tut denn ein Gärtner im Kriegsfall?“ wendet der Richter ein, „unterstützt der nicht auch mit seinem Gemüseanbau die Kriegsführungsfähigkeit?“ Der Angeklagte erklärt darauf, daß er jetzt und heute, solange es noch nicht zum Krieg gekommen sei, ein Signal setzen wolle. Ein Zeichen, das verdeutlichen solle, daß es noch Leute gibt, die die Verantwortung für drohende Gefahren und für von Menschen verübtes Unheil nicht wieder an anonyme Institutionen abgeben wollen, sondern an ihrer inneren Überzeugung festhalten und „einfach nicht mitmachen“ werden – und die auch bereit sind, die Strafe, die man ihnen jetzt dafür auferlegt, zu ertragen. „Mir geht's um eine Art Prävention“, sagt er. Ob denn der „Anspruch der absoluten Gewaltfreiheit“ beim Angeklagten wirklich so total sei, will der Richter wissen und sein Lächeln dabei kommt mir irgendwie zweideutig vor. Als der Richter in seinen Unterlagen blättert und ein Blatt Papier hervorzieht, wird der Hintergrund der Frage klar: „Mir ist da ein von Ihnen verwendetes Briefpapier aufgefallen, auf dem oben steht: 'Nicaragua muß überleben!'“ Ob es denn sein könne, daß der Angeklagte meine, die Gewehre seien gerechtfertigt, wenn sie sich nur in den richtigen Händen befänden? Der Beschuldigte verneint dies, eindeutig und klar, Nachfragen erübrigt sich.



Auch in der nächsten Instanz muß Matthias Maurer mit einer Gefängnisstrafe rechnen.

Foto: W. Schulz

Die Staatsanwaltschaft

Jetzt meldet sich der Vertreter der Staatsanwaltschaft zu Wort. Er bietet dem Angeklagten, wie er meint, einen Ausweg an: Er könne doch, nach Ableistung des Zivildienstes, dem Bundesamt mitteilen, daß er im Verteidigungsfall nicht zur Verfügung stünde und auch nicht eingepplant werden wolle. Aber auch mit diesem Angebot kann sich der Angeklagte nicht anfreunden. Seine Verweigerung richte sich generell gegen die Wehrpflicht und jede andere Form von staatlichen Zwangsdiensten und er betont: „In dem Moment, in dem ich die Wehrpflicht erfülle, erkenne ich die Wehrpflicht als Recht an.“

9.55 Uhr: Die Beweisaufnahme wird geschlossen. Kurze Pause.

10.06 Uhr: Das Plädoyer der Staatsanwältin. Sie rekapituliert noch einmal den „Tathergang“. Auch sie ist spürbar nicht anklagend, eher um einen freundlichen Auftritt bemüht, ihre Stimme klingt ein bißchen aufgeregt. Besonders betont sie, daß der Angeschuldigte schon von Anfang an erklärte, daß er den ZD als eine Form des Kriegsdienstes betrachte. „Nach der bislang noch vorherrschenden Rechtsauffassung“ – diesen Ausdruck verwendet sie mehrmals – gelte aber der ZD als notwendiger Dienst, der die Funktionsfähigkeit des Staatswesens mitbegründe. Ohne auf die Gewissensnöte des Angeklagten auch nur ansatzweise einzugehen, fordert sie schließlich nach kurzer Rede: 10 Monate Freiheitsstrafe – und weil eine „positive Entwicklung“, will heißen: Bereitschaft zum Weiterdienen, nicht absehbar sei – ohne Bewährung. Auf den Zuhörer-Plätzen ziehen einige die Luft durch die Zähne ein, der Angeklagte sitzt völlig ruhig auf seinem Stuhl.

Der Rechtsanwalt

10.10 Uhr: Das Plädoyer des Rechtsanwaltes (Ulrich Hahn aus Villingen-Schwenningen). Auch der Rechtsanwalt versucht zu Beginn dem Gericht verständlich zu machen, aus welchen Gründen sein Mandant im ZD eine Einrichtung sieht, deren Grundstruktur seinen Überzeugungen als KDVer aus Gewissensgründen zuwiderläuft. Darin erinnert der Rechtsanwalt z. B. an eine Rede des ehemaligen Ministerialdirigenten im BMJFFG, Dr. Klaus Steinwender, in der dieser (im September 1987)



Vor dem Amtsgericht Kassel

klipp und klar erklärte, daß der ZD entsprechend seiner Grundbestimmung nur dazu diene, die Bundeswehr zu erhalten und somit letzten Endes jeder Zivi aus regierungsamtlicher Sicht dem Staatsziel der Verteidigung diene.

Auch auf die Möglichkeit des freien Arbeitsverhältnisses nach § 15a GG geht der Rechtsanwalt noch einmal ein. Er weist das Gericht darauf hin, daß diese Rechtsvorschrift in der Praxis vom Bundesamt tatsächlich nur auf Angehörige der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas angewendet werde, wer sich nicht zu dieser Gruppe bekenne, der habe hier – auch nach Ansicht des Gesetzgebungsreferenten im BMJFFG, Dr. Brecht – keine Chance. Noch einmal betont der Rechtsanwalt die Gewissensentscheidung seines Mandanten, erinnert an das vom BVG formulierte „Wohllollensgebot“ gegenüber Gewissenstätern, an den Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten“ und zitiert aus Urteilen, die zur Verfahrenseinstellung oder auch zum Freispruch des Totalverweigerers geführt haben. Und schließlich erinnert er an den Umgang der Justiz mit KDVer im Dritten Reich, an die bekannten Folgen und Schicksale. Aus diesen Erfahrungen wiederum sei der Art. 4/3 des Grundgesetzes entstanden und diesen Artikel gelte es im Wortlaut anzuerkennen. Daher sein Antrag: Freispruch.

Ein letztes Mal erhält der Angeklagte das Wort, dann zieht sich das Gericht zur Beratung zurück. Kurze Pause.

Das Urteil:

11.00 Uhr: Man kennt das Zeremoniell, mindestens vom Fernsehen: Der Richter und die beiden Schöffen treten ein, alle – d.h. fast alle – stehen auf. Die Spannung wächst. Dann endlich gibt der Richter das Urteil bekannt – und sofort fällt auf: Seine Stimmlage hat sich merklich verändert. Er klingt lauter, härter, er redet nicht wie zuvor, er verkündet: 1 Jahr ohne Bewährung, plus die Kosten des Verfahrens. Den Vorspann „Im Namen des Volkes“ verwendet er hier nicht. Während er zur Urteilsbegründung ansetzen will, gibt es Zwischenrufe bei den Zuhörern. „Für ein solches Urteil gibt es keine Begründung“, schreit einer. Der Richter wird ärgerlich und noch lauter: „Es möge sich jeder in acht nehmen, es kann Ordnungshaft verhängt werden!“ Als einige lärmend aufste-



Begrüßung des 50.000 Kriegsdienstflüchtlings in Berlin 1989

Foto: Stephan Philipp

hen und den Raum verlassen ruft der Richter zwei Polizisten herein. Dann erst erläutert er die Urteilsbegründung. Erstens: Der Angeklagte hätte sich um ein freies Arbeitsverhältnis nach Art. 15a GG bemühen können, diese Regelung sei ihm bekannt gewesen. Zweitens: Das Gericht habe beim Beschuldigten keine Gewissensentscheidung feststellen können, vielmehr sei der Eindruck entstanden, er unterliege einem „fremdbestimmten Handeln“, wofür im übrigen auch die Gruppe der anwesenden Zuhörer ein Indiz sei. Er habe politische Gründe und nicht Gewissensgründe vorgebracht. Drittens: Eine „günstige Prognose“ sei nicht zu treffen, deshalb keine Bewährung. Gegen das Urteil könne Berufung eingelegt werden. „Damit ist das Verfahren geschlossen“. Es ist 11.05 Uhr.

Wie geht's weiter?

Sicher ist, daß der Prozeß in den nächsten Monaten in die zweite Runde gehen wird: Matthias und sein Anwalt haben beim Landgericht Kassel Berufung eingelegt. Alles weitere ist vorerst offen – d.h., so ganz offen nun auch wieder nicht. Sieht man sich nämlich einmal an, wie die Strafprozesse gegen Totalverweigerer

schließlich ausgehen, dann dürfte zumindest klar sein, daß Matthias auch in der nächsten Instanz um eine Gefängnisstrafe nicht herumkommt. Rechtskräftige Freisprüche hat es in vergleichbaren Fällen bislang nirgendwo gegeben und auf „Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit“ kann allenfalls hoffen, wer schon einen Großteil des Zivildienstes hinter sich und auch sonst eher Glück hat im Leben: Pechvögeln kann es nämlich passieren, daß sie für 4 Monate verweigerten Zivildienst 11 Monate Gefängnis kriegen, so geschehen in Nürnberg, 1986. In Hannover saß ein Totalverweigerer 14 Monate im Gefängnis, weil er 11 Monate Zivildienst verweigert hatte.

Zugegeben, das sind Härtefälle. Die meisten der totalen KDVer kommen zum Glück glimpflicher davon. Nur etwa 10–20 %. so wurde im Oktober beim Bundestreffen der Totalverweigerer geschätzt, müssen tatsächlich ins Gefängnis. Nicht vergessen sollte man bei solchen (gutwilligen) Schätzungen aber, daß es oft nur wenige Monate sind, die verweigert wurden. Wer insgesamt die ergangenen Urteile überblickt und vergleicht, der wird so etwas wie eine Richtschnur bei der Strafbemessung vergeblich suchen. Ähnlichkeiten der tatsächlichen Praxis mit Jupp Wolters Karikatur sind kaum wegzuleugnen: Gefängnisstrafen völlig

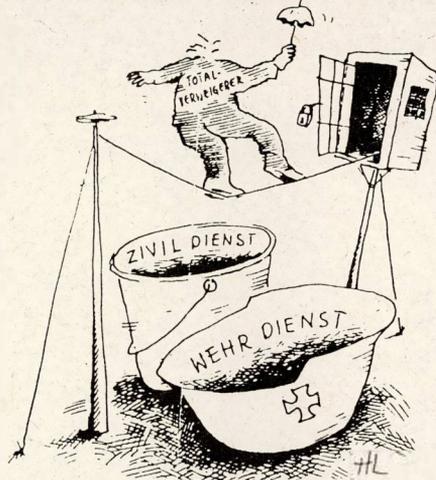


Foto: W. Schulz



„Wir kommen nun zur Bemessung des Strafmaßes“

unterschiedlicher Dauer, mal mit, mal ohne Bewährung, Arbeitsauflagen, Geldstrafen, Einstellung des Verfahrens, im Prinzip ist alles drin. Und das nicht nur einmal, sondern nicht selten in zwei oder drei Strafverfahren hintereinander, denn: Wer seine Strafe für die begangene Dienstflucht (oder Fahnenflucht beim Bund) verbüßt und z. B. sechs Monate Knast abgesessen hat, der untersteht in aller Regel eben immer noch der Wehrpflicht. Er muß also mit einer erneuten Einberufung rechnen, und wenn er seiner Gewissensüberzeugung treu bleiben will, dann geht das Spiel von vorne los. Aber ist denn diese „Doppelbestrafung“ mit der Verfassung vereinbar? Steht denn da nicht klipp und klar in unserem Grundgesetz, daß niemand wegen derselben Tat mehrmals bestraft werden darf (Art. 103, 3 GG)? Die Antwort bundesdeutscher Gerichte auf derartige Einwände ist ein ganz eindeutiges „Ja – aber ...“: „Ja“ uneingeschränkt dann, wenn es sich beim totalen KDVer um einen Zeugen Jehovas handelt. Und „Aber“ beim großen Rest. Den Zeugen Jehovas ist, entsprechend einem Urteil des Bundesverfassungsgericht vom Juli 1988 eine „klar erwiesene“ und „ein für alle mal getroffene Gewissensentscheidung“ zuzubilligen. Nachdem sie in der Vergangenheit zu Hunderten und mehrmals hintereinander in die Gefängnisse gewandert sind, nimmt man den Zeugen Jehovas inzwischen ab, daß eine Unterordnung unter staatliche Zwangsdienste „nicht mit ihrer Verpflichtung Gott gegenüber vereinbar“ ist und sie grundsätzlich nicht anders handeln können, ohne „das ewige Leben zu verfehlen“ (zitiert nach OLG Karlsruhe, 1989). In allen anderen Fällen von Totalverweigerung kommt es für den weiteren Verlauf entscheidend darauf an, ob ein Gericht in seinem Urteil eine bindende Gewissensentscheidung beim Angeklagten feststellt oder – wie im Fall Matthias Maurer – eine Gewissensnot vermeint. Von dieser Frage hängt auch ab, wie das Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) weiterhin verfährt. In einem Schreiben des BAZ an einen Totalverweigerer vom 30.6.89 heißt es dazu: „Stellt ein Gericht



in der Urteilsbegründung fest, daß der anerkannte KDVer eine ein für alle mal getroffene fortwirkende Gewissensentscheidung gegen den Zivildienst getroffen hat, besteht im BAZ folgende Praxis: Nach einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung oder einer Geldstrafe erhält der Zivildienstpflichtige weder eine neue Dienstantrittsaufforderung noch eine neue Einberufung, falls er inzwischen aus dem Zivildienst entlassen ist.

Bei einer Verurteilung mit Bewährung erhält er eine erneute Dienstantrittsaufforderung oder Einberufung, falls er dieser nicht folgt, ergeht eine Mitteilung an das Gericht.

Stellt das Strafgericht keine Gewissensgründe gegen den Zivildienst bei dem Zivildienstpflichtigen fest, und wird er zu einer Strafe von weniger als einem Jahr Freiheitsentzug verurteilt, fordert das BAZ erneut zum Dienst auf, bzw. beruft ihn erneut ein.“

Natürlich wissen die Gerichte von dieser Praxis im Bundesamt. Umso unverständlicher sind Urteile wie im Fall Matthias Maurer, bei denen Totalverweigerer in die Mühle der Doppelbestrafung regelrecht hineingetrieben werden, weil man ihnen wahre Gewissensentscheidungen ganz einfach abspricht.

Von daher ist es nicht verwunderlich, daß in der Vergangenheit ungezählte Totalverweigerer untergetaucht sind, sich ins Ausland oder ins entmilitarisierte Berlin abgesetzt haben. Aber auch das Schlupfloch Berlin ist inzwischen dicht: Trotz massiver Proteste in der Öffentlichkeit wurde im März dieses Jahres Gerhard Scherer als erster KDVer vom rot-grünen Berliner Senat an die westdeutschen Behörden ausgeliefert und dann ins Gefängnis gesteckt. Und auch wenn schon heute kein Mensch weiß, wohin mit den vielen Soldaten: Ab 1992 herrscht die allgemeine Wehrpflicht auch in Berlin – ein zweifelhaftes „Mitbringsel“ der deutschen Einheit, die schließlich und endlich auch die liberale KDV-Regelung in der ehemaligen DDR geschluckt hat. Dort hatten Totalverweigerer zuletzt lediglich mit einer Geldstrafe von 1000 Mark zu rechnen.

Trotz allem steigt die Zahl der Totalverweigerer gerade in jüngster Zeit sehr deutlich an und Aufrufe zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und Amnestie für alle Verurteilten sind lauter und deutlicher als je zuvor hörbar. Reaktionen der Politik und Justiz bleiben abzuwarten – genauso auch der Ausgang der „Strafsache Maurer“. Wir werden zu gegebener Zeit darüber berichten. ■

Bücher/Broschüren zur Totalverweigerung:

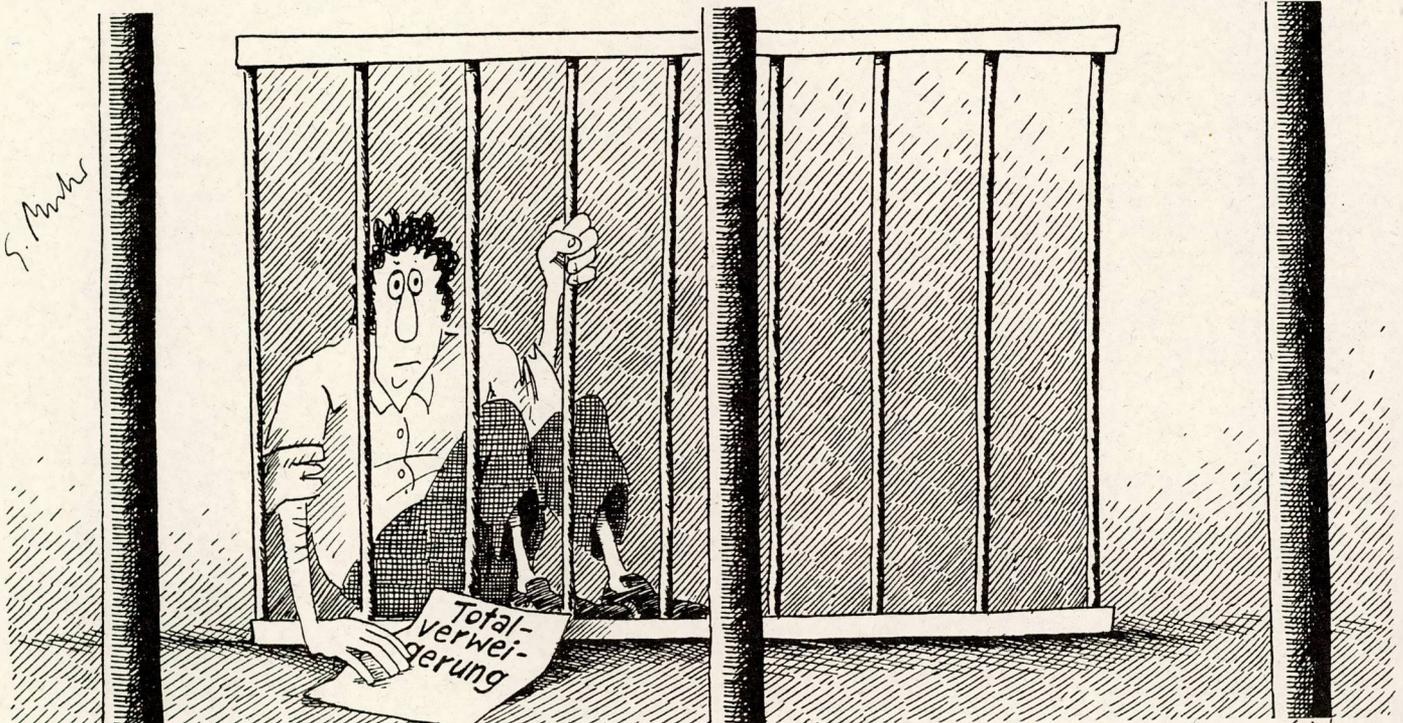
Dietrich Bäuerle: „Totalverweigerung als Widerstand“ Fischer, TB, Nr. 3873, Frankfurt 1988.

Hans Georg Ruhe: „Mit mir ist nicht zu rechnen“. Das Thema Ersatzdienst und Totalverweigerung in Romanform (inklusive je eine Portion 3.-Welt-Arbeit, NS-Geschichte, Deserteure im 2. Weltkrieg, Beziehungskiste ... ein bißchen viel für 140 Seiten.) Patmos-Verlag, Düsseldorf 1989.

„Ohne uns“, Zeitschrift zur totalen KDV; Probenummer bei: Arnd Dirks, Ulf Brannies, Dedestr. 14, 2900 Oldenburg.

„ami“, (antimilitarismus information); „Totalverweigerung BRDDR“, Heft 10/90, Bezug: ami, Elßholzstr. 11, 1000 Berlin 30.

Christian Herz: „Eine Streitschrift für die Totale Kriegsdienstverweigerung“. Hg.: Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6120 Sensbachtal.



Gewissen(s)haft

Bewaffnete Friedenshelden?

Ein Kriegsdienstverweigerer überdenkt seine Entscheidung angesichts der Ereignisse am Persischen Golf

Als mich bei meiner Musterung im zuständigen Kreiswehrersatzamt der Beamte durchdringend anschaute und fragte: „Sie wollen doch wohl nicht etwa verweigern?“, und ich mit ebenso durchdringendem Blick entgegnete, daß eben genau das meine Absicht sei, fühlte ich mich gut genug gewappnet, um in einem argumentativen Schlagabtausch mit dem mir gegenüber sitzenden Bundeswehrwerber zu bestehen. Stattdessen hatte ich aber nur einen Antrag auszufüllen und meine Begründung abzugeben, in der ich die Ergebnisse meiner Gewissensprüfung fein säuberlich festgehalten hatte.

Jeden dieser Sätze würde ich auch heute noch unterschreiben. Und doch – seit der irakische Überfall auf Kuwait uns neu vor Augen geführt hat, daß sich Frieden und internationales Recht allein durch Friedensliebe und Rechtfchaffenheit nicht bewahren lassen, weiß ich nicht, ob ich am Schreibtisch des Kreiswehrersatzamtes noch auf jedes Argument eine überzeugende Entgegnung parat hätte. Denn so fraglich es ist, ob es tatsächlich Bundeswehr und NATO waren, die in Europa 40 Jahre den Frieden bewahrten – so unbestritten ist auch, daß derzeit nur der internationale Druck ein weiteres Um-sich-Greifen der irakischen Aggression verhindert – und der besteht eben, neben wirtschaftlichen Sanktionen, deren Wirkung unbestritten ist, vor allem in militärischer, wenn auch noch nicht kriegerischer Aktion.

Natürlich, so oft ich höre, daß eine militärische Austragung des Konflikts mit allen Mitteln vermieden werden muß, nicke ich voll Zustimmung. Aber ich stelle mir auch die Frage: Wie stünde es jetzt wohl um Saudi-Arabien und Ägypten, um Israel oder Syrien, wenn alle die, für die die Tötung eines Menschen Schuld und damit einen Gewissenskonflikt bedeutet, von einem, oftmals freilich nicht vorhandenen Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen Gebrauch gemacht hätten? Läuft nicht der Verweigerer in einer Situation, wie sie derzeit am Golf besteht, mindestens ebenso wie der Soldat Gefahr, Schuld auf sich zu laden; Schuld, die in seinem Widerwillen besteht, einer möglichen Eskalation von Gewalt mit der Androhung von Gegengewalt zu begegnen?

Offen gestanden bin ich froh, daß es mit dem Militär derzeit ein Mittel gibt, das wenigstens einen gewissen Schutz vor weiteren Willkürakten des irakischen Diktators gewährleistet, wenn es auch in keinem Fall das Mittel zur Lösung der Krise am Golf sein kann. Hier also denke ich, verdient jeder Soldat, der seinen Dienst bewußt als Beitrag zu einer internationalen Ordnung des Friedens und des Rechts leistet, Respekt. (Allerdings wären Truppen der UNO sicherlich ein glaubwürdiges Instrument der Kriegsverhütung, als die eben erst aus Panama zurückgekehrten Weltpolizisten Amerikas.)

Aber gerade weil militärische Operationen keinen Ausweg aus der Krise darstellen können, liegt die Verantwortung mindestens in ebenso großem Maße bei denen, die sich nicht militärisch engagieren können oder wollen. Wer sich nicht an militärischen Aktionen beteiligt, darf deshalb nicht teilnahmslos werden. Er hat sich stattdessen umso mehr für alternative, nicht-militärische Schritte einzusetzen, die den Konflikt auf Dauer entschärfen, ja, vielleicht sogar beenden können. Die Hand, die nicht zur Waffe greifen will, darf nicht stattdessen in den Schoß gelegt werden. Nichts ist fataler, als wenn das vermeintliche „gute Gewissen“ zum sanften Ruhekitzel wird.

Hinter das Wort „vermeintlich“ wäre ein Ausrufezeichen zu setzen. Ich denke, wir sollten die Krise am Golf zum Anlaß nehmen, unser Gewissen wieder einmal zu prüfen. Das gilt vor allem für die, die in der Bundesrepublik über Jahre hinweg an den Waffenexporten in den Irak kräftig verdient haben und ebenso für die, die für Lieferungen dieser Waffen, die heute den Weltfrieden bedrohen, die politische Verantwortung tragen. Aber damit nicht genug. Ihr Gewissen prüfen sollten auch alle die, die durch ihren verschwenderischen Umgang mit Energie nicht nur dazu beigetragen haben, daß unsere Mitwelt vor dem ökologischen Kollaps steht, sondern auch dafür mitverantwortlich sind, wenn für den Ausgang des Konflikts am Golf wirtschaftliche Interessen und nicht politische Vernunft ausschlaggebend werden. Und nicht zuletzt stünde eine erneute Gewissensprüfung wohl auch für die rund eine Million Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik an, die friedenspolitisch so „beschämend ... wenig“ tun (wie das vor etwa einem Jahr schon der Vorsitzende des „Bundes für Soziale Verteidigung“ und Politologe Theodor Ebert formuliert hat).

Wie es derzeit aussieht, wird sich eine militärische Auseinandersetzung am Golf nur verhindern lassen, wenn der Westen sich durch die Provokationen Saddams Husseins nicht herausfordern läßt. Doch zweifellos wächst die Kriegsgefahr am Golf mit dem zunehmenden Truppenaufmarsch. Zu viel steht inzwischen vor allem für die Amerikaner auf dem Spiel, als daß sie sich auf Dauer mit der Zuschauerrolle begnügen werden.

Hier nun wird es vollends fatal, daß wir es bei den Truppen nicht mit Verbänden einer auf internationales Recht gegründeten Weltorganisation zu tun haben. Vielmehr unterstehen die Soldaten am Golf einem Befehl, der nicht zuletzt auch von nationalen Interessen bestimmt wird. Wenn es zu kriegerischen Handlungen kommt, ist jeder Soldat, der an ihnen teilnehmen muß und jeder Zivilist, der ihnen ausgesetzt ist, zu bedauern. So gesehen bin ich froh, mit meiner Verweigerung deutlich gemacht zu haben, daß ich für ein solches Unternehmen nicht zur Verfügung stehe. Bin ich damit nun doch „fein heraus“?

Verantwortlich zu machen wäre für eine kriegerische Katastrophe am Golf sicherlich in erster Linie der irakische Diktator. Doch wer ohne Schuld ist, werfe den ersten Stein.

Bertram Salzmann
Lindenstraße 22
7407 Rottenburg-Wurmlingen

(In einem offenen Brief antwortet Theodor Ziegler auf der folgenden Seite. Zum Thema KDV im Golf siehe auch „Info“ S. 26/27.)



Plakat von Wolfgang Janisch. Der etwa 60jährige Grafist seit Jahren steht er

„Wir sind nicht ohnmächtig“

Offener Antwortbrief auf die nebenstehende Leserschrift von Bertram Salzmann

Lieber Bertram, vielen Dank für Deinen Brief an wub. Du greifst mit Deinen Überlegungen ein Thema auf, das vielen Menschen zunehmend Sorge bereitet: Droht doch mit jedem Tag ein Krieg unabweichlicher zu werden, ein Krieg, der nicht nur den Benzinpreis nach oben treiben sondern auch sehr rasch über die nahöstliche Region hinaus eskalieren kann.

Diese Entwicklung führt zu recht unterschiedlichen Reaktionen: So höre ich von Bundeswehreservisten, daß ihnen plötzlich bewußt werde, wie schnell es von der Kriegsverhütung durch Abschreckung zur Kriegsführung kommen kann und sie deshalb jetzt im nachhinein verweigern wollten. Andererseits überdenkt auch mancher Kriegsdienstverweigerer, so wie Du, seine Entscheidung und fragt sich, ob es richtig war, den Militärdienst grundsätzlich abzulehnen. Kann man einem skrupellosen Eroberer wie Saddam Hussein denn anders Einhalt gebieten als durch ein massives Militäraufgebot und die nachdrückliche Bereitschaft zum – ggfs. auch präventiven – Einsatz? Läßt sich angesichts dieser Situation noch eine christlich-pazifistische Position, die Militär kategorisch ablehnt, verantworten?

Ich finde es richtig und wichtig, nach den Konsequenzen der KDV zu fragen: Was wäre, wenn sich alle Wehrpflichtigen verweigerten? Ist KDV nur als Ausnahmerecht für eine besonders sensible Minderheit vorstellbar, davon abhängig, daß die Mehrheit der Mitbürger sich zum Militärdienst rekrutieren läßt? Aber was wäre das für eine Ethik, die davon lebt, daß sich die Mehrheit nicht daran hält?

Gewissensentscheidungen sind für mich erst dann als solche vertretbar, wenn sie zu verallgemeinern sind, wenn sie von jedem getroffen werden können. Insofern ist es unerlässlich, die einmal getroffene Entscheidung gegen den Kriegsdienst angesichts der aktuellen Ereignisse immer wieder neu zu hinterfragen.

Was nun die Analyse der gegenwärtigen Golfkrise angeht, so stimme ich mit Dir überein, daß es sich um einen Verteilungskonflikt handelt, der vielfältige historische, soziale, macht- und wirtschaftspolitische Ursachen hat. Auch ist mir die schuldhaftige Verstrickung der Bundesrepublik durch Rüstungsexport und ungehemmten Ölverbrauch bewußt. Nicht folgen kann ich Dir jedoch in der Bewertung der unter US-amerikanischer Federführung stattfindenden internationalen Militäraktion. Sicher mag es zutreffen, daß dadurch die irakische Expansion fürs erste gestoppt worden ist. Trotzdem kann ich über den Truppenaufmarsch nicht froh sein. Ist es doch äußerst fraglich, ob und wie lange diese Drohgebärde wirkt, ob sich viele Araber dadurch nicht noch ergebener an Saddam Hussein binden lassen und ob bei einem möglichen Versagen die unausbleiblichen tödlichen Folgen für die vielen Menschen im Nahen und Mittleren Osten zu verantworten sind.

Und was kann man dagegen machen, wenn ein mit dem Rücken zur Wand stehender und nachweislich zu allem entschlossener Saddam Hussein chemische, biologische und atomare Waffen einsetzt und durch weltweit operierende Terrorkommandos möglichst viele Menschen in seinen Untergang mithineinreißt? Sind doch die hochentwickelten Industriegesellschaften äußerst sensibel und mit militärischen Mitteln nicht mehr zu verteidigen. So gesehen ist der aktuelle Golfkonflikt ein dramatisches Beispiel für die Gefährlichkeit, Untauglichkeit und Unverantwortbarkeit militärischer Sicherheitspolitik und Krisenbewältigung schlechthin.

Kriegsdienstverweigerung ist für mich deshalb erst recht das Gebot der Stunde. KDV kann jedoch nur ein erster Schritt sein, der allerdings unwirksam und unglaubwürdig wird, wenn ihm keine weiteren folgen. Daß viele KDVer friedenspolitisch „so beschämend wenig“ tun, möchte ich ihnen nicht allein anlasten, sondern in erster Linie auch unserem Staat.

Nach wie vor wird die Mehrheit der jungen Bürger im Rahmen der Wehrpflicht für den Umgang mit Tötungs- und Vernichtungsgeräten geschult und in militärische Gehorsamsstrukturen eingeebnet, während andererseits den KDVer im Zivildienst jede friedenspolitische und friedenspädagogische Befähigung und Betätigung versagt bleibt. Trotzdem sehe ich viele Handlungsmöglichkeiten für pazifistisch orientierte Menschen und Gruppen, die auf friedliche Weise zur Lösung des Golfkonfliktes beitragen wollen.

So sollten in der politischen Meinungsbildung (z.B. durch Aktionen während der diesjährigen Friedenswoche), im Kontakt zu Politiker/innen und nicht zuletzt bei der anstehenden Bundestagswahl alle deeskalierenden Schritte unterstützt werden: Unterstellung der internationalen Truppen unter UNO-Oberbefehl, Truppenrückzug, UNO-Friedenskonferenz zu Golf- und Palästina-Konflikt, Verbot jeglicher Rüstungsexporte, Handelsembargo gegen Irak (mit Ausnahme humanitärer Lieferungen), sowie keine Ausweitung des Einsatzgebietes der Bundeswehr.

Wenn jedoch eine der Hauptursachen für den Golfkonflikt der hemmungslose Konsum und der dafür notwendige Rohstoffverbrauch in den Industrienationen ist, dann wird eine wirkliche Lösung des Problems nur durch einen solidarischen Ausgleich zwischen Nord und Süd zustandekommen.

Das bedeutet, einfacher zu leben, das Glück mehr im Sein als im Haben zu suchen. Das leichteste und gleichzeitig das schwierigste ist, daß wir damit bei uns und unserem Lebensstil anfangen können und müssen. Unser Verhalten als Verbraucher, als Verkehrsteilnehmer, als Urlauber usw. hat schon lange mit dem Konflikt am Golf zu tun, bevor dieser sich in Form höherer Ölpreise und wachsender Kriegsgefahr für uns bemerkbar macht.

Wir Kriegsdienstverweigerer haben viele Ansatzpunkte für unsere Friedensverantwortung. Wir müssen weder in ohnmächtiger Wut resignieren, noch dankbar den zweifelhaften Schutz militärischer Gewalt in Anspruch nehmen.

Schalom!

Dein Theodor Ziegler

gestern
FALKLAND

heute
GOLFREGION

morgen

?

Kon tro vers

Noch ist nicht geklärt, ob denn die Einführung eines sozialen Pflichtjahres verfassungsrechtlich zulässig wäre. Im Grundgesetz-Kommentar (Münch, 1989) heißt es dazu ganz un-
zweideutig: „Z.B. wäre die Einführung eines 'Pflichtjahres für Mädchen' nicht mit Art. 12,II vereinbar.“
Nichtsdestotrotz: Die öffentliche Diskussion um die allgemeine Dienstpflicht ist in vollem Gange, die Schlagzeilen der Zeitungen beweisen es.

Wir denken: Zivis (und ihre Freundinnen und Ehefrauen) sollten sich aus diesem Disput nicht einfach raushalten. Deshalb hier in wub-KONTROVERS zwei Seiten pro und contra soziales Pflichtjahr.

Wir freuen uns über Leser/innenpost und danken den beiden Autoren.

PRESSE

Schwind fordert soziales Pflichtjahr für Mädchen
Osnabrück (dpa). Der Vorsitzende der Antigewalt-Kommission der Bundesregierung, Schwind, hat sich für die Einführung eines sozialen Pflichtjahres in einem Interview ausgesprochen.
Bonn (ap). Abgeordnete der Bonner Koalitionsfraktionen haben sich für die Einführung eines sozialen Pflichtjahres für junge Frauen ausgesprochen, die den Dienst gezogen werden sollen. Schwind, ein Politiker von der CDU, hat dies mit dem Bedarf der

Eichel will Sozialdienst für Mädchen
Kassel (ba). - Junge Frauen sollen künftig - ebenso wie bisher schon die zivildienstleistenden jungen Frauen - in einem vereinigten

Brauchen

Nein - Keine „Soziale Zwangsarbeit“

Wolfgang Buff und Gerhard A. Hoffmann *

Im Zusammenhang mit der Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes und der derzeitigen Diskussion über den sog. Pflegenotstand, wird wieder einmal die Forderung nach der Einführung eines Pflichtdienstes erhoben. Daß Einrichtungen, die sich vom Einsatz der Zivildienstleistenden abhängig gemacht haben, früher oder später erhebliche Probleme bekommen würden, war absehbar und wurde in der Vergangenheit auch öffentlich diskutiert. Doch hat diese Diskussion nicht dazu geführt, daß in den Einrichtungen, die Zivildienstleistende beschäftigen, eine Anpassung an die zu erwartende rückläufige Entwicklung vorgenommen wurde. Vielmehr werden derzeit noch laufend neue Stellen errichtet.

Wenn inzwischen nur noch der Ausweg gesehen wird, den Politikern die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht zu empfehlen, dann treten rückwärtsgewandte Vorstellungen an die Stelle verantwortlichen Handelns. Dann wird die soziale und pflegerische Arbeit zu einem bloßen Dienstleistungssystem deklassiert, in dem zwangsdienstleistende Männer und Frauen einen Dienst verrichten sollen, für den sie sich nicht freiwillig entschieden haben und für den sie auch nicht ausgebildet sind. Sozialer Dienst ohne ethische Motivation, pflegerische Arbeit mit vielen un ausgebildeten Zwangsarbeitern und wenigen ausgebildeten Fachkräften - das sind mögliche Perspektiven einer allgemeinen Dienstpflicht, die wir grundsätzlich und uneingeschränkt ablehnen.

Die „Gleichbehandlung“ von Frauen gerade in diesem Zusammenhang einzufordern, ist schlicht undiskutabel.

„Man kann das 'Freiwillige Soziale Jahr' nicht in ein Pflichtjahr umformen“

Bisweilen wird versucht, den Gedanken des 'Freiwilligen Sozialen Jahres' (FSJ) in ein Pflichtjahr umzuformen. Dagegen muß eingewandt werden, daß die Idee des FSJ und seine Wurzeln im 'Diakonischen Jahr' von dem Appell an den einzelnen bestimmt ist, sich für den Nächsten zur Verfügung zu stellen und dies in bewußter Freiwilligkeit zu tun.

Dem Verzicht auf die übliche Entlohnung auf seiten der freiwilligen Helfer steht auf seiten der Einsatzstellen die Zusage gegenüber, Einblick zu gewähren. Dies findet seinen Ausdruck darin, daß unter Anleitung ausgewählte Tätigkeiten wahrgenommen werden können und eine kontinuierliche pädagogische Begleitung vor Ort und in Gruppen (Studententage und Wochenseminare) sichergestellt ist. Neben der tätigen Hilfe soll also ein Lernprozeß stattfinden,

wir das so Pflichtjahr



Noch arbeiten die jungen Frauen freiwillig, wie hier beim Diakonischen Jahr.

der für die Einsatzstelle und für den Freiwilligen als hilfreich erfahren wird.

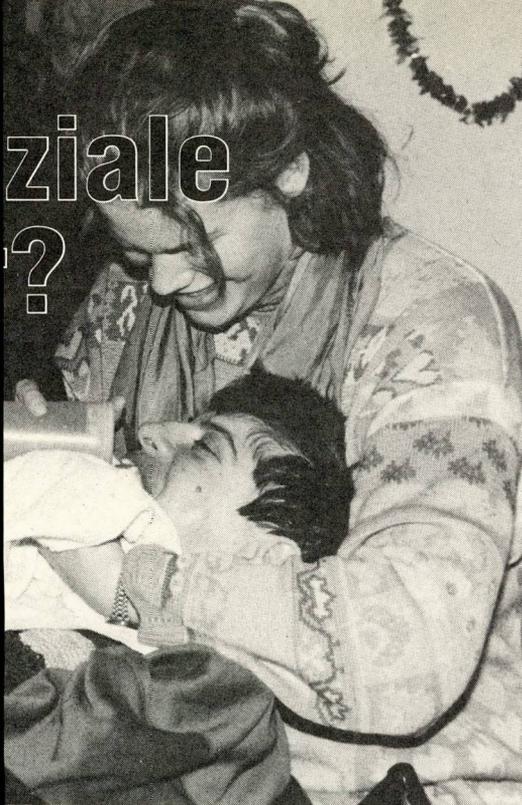
Darüber hinaus ließen sich sicher auch „historische Vorbilder“ diskutieren, doch sollte sich dies von selbst verbieten, weil deren „Zweckbestimmung“ (z.B. Reichsarbeitsdienst) mit politischen Zielen verbunden war, die in unserem demokratischen System keinen Platz haben. Zudem hatten sie verheerende Auswirkungen auf das politische Bewußtsein der Betroffenen und wurden ganz gezielt als Arbeitsmarkt- und lohnpolitische Instrumente ge- und mißbraucht.

Grundfragen

Von denen, die jetzt ein Pflichtjahr fordern, müßten also (mindestens) folgende Grundfragen beantwortet werden, bevor ein akutes Problem mit alten Lösungsmustern angegangen werden soll:

- Geht es um Qualitätssicherung der Arbeit oder um Minimalversorgung zur Kostenreduzierung?
- Verkräften die Arbeitsfelder, aber auch die hauptamtlichen Kräfte und die Klienten überhaupt den „Masseneinfall“ von Laienhelfern?
- Dient ein Pflichtkontakt mit sozialer Arbeit tatsächlich der Nachwuchswerbung? Warum ruft nicht die Bundesbahn nach Pflichtdienstleistenden, wenn niemand mehr Lokführer werden will?
- Ist es gesellschaftlich nützlich, außer der Steuerpflicht auch eine Verpflichtung zu sozialer Arbeit der Bürger einzuführen?
- Welches Staats- und Gesellschaftsverständnis liegt dann einer Zwangslösung zugrunde?
- Bestehen Strukturen, die Zehntausende von Laien und Lernenden aufnehmen und begleiten können?
- Gibt es genügend ausgebildete Kräfte, die Zeit zum Anleiten und Erklären haben?
- Kann dieses soziale Lernen nicht erst in Zeiten gefordert werden, wo das Umfeld ein Lernen auch zuläßt?

ziale ?



ischen Jahr. Fotos: Haller

Ja – um der Gleichberechtigung und der Wehrgerechtigkeit willen

Roland Sauer *

Ein soziales Jahr für alle jungen Frauen und Männer würde mehr Chancengerechtigkeit und mehr Gleichberechtigung bringen. Durch die Bundeswehr oder den Ersatzdienst verschieben sich die Lebenschancen zuungunsten der Männer. Sicher leisten die Frauen heute noch bei den freiwillig erbrachten sozialen Leistungen viel für die Gesellschaft. Dies sind aber in erster Linie Frauen der mittleren und älteren Generation. In absehbarer Zeit werden die Frauen, die immer mehr Familie und Beruf verbinden, für dieses soziale Engagement keine Zeit mehr haben. Dazu kommt noch, daß die neueste Entwicklung zu immer weniger Wehr- und Zivildienstleistenden führt. Bei einem wiedervereinigten Deutschland mit fast 80 Millionen Menschen und einer gesamtdeutschen Armee von nur 370 000 Soldaten werden zunehmend weniger junge Menschen ihren Wehrdienst absolvieren müssen. Dies führt zu einer eklatanten Wehrgerechtigkeit. „Die einen dienen und die anderen verdienen“, wird wohl wieder zur gängigen Praxis werden.

Das Nebenprodukt dieser Lösung

Daher sollten wir ernsthaft – ohne Emotionen – über ein soziales Jahr für alle jungen Menschen nachdenken. Dieses Jahr könnte dann wahlweise bei der Bundeswehr, im Sozialen Dienst oder im Umweltschutz erfolgen. Das soziale Jahr – also der Dienst an der Gesellschaft – bringt den betroffenen jungen Frauen und Männern viel für ihr eigenes Leben. Sie sammeln dabei die notwendigen sozialen Lebenserfahrungen. Das Nebenprodukt dieser Lösung wäre, daß für die Pflege die wichtigen Hilfskräfte

gewonnen werden könnten, die die Fachkräfte entlasten könnten. Dies hat nichts damit zu tun, daß die Frauen die Lückenbüsserinnen des Pflegenotstands werden, wie die Gegner eines sozialen Jahres argumentieren.

Dem Pflegenotstand ist nur zu begegnen, wenn die sozialen Berufe ideell aufgewertet werden. Die sozialpflegerischen Berufe sollten nicht mehr „madig“ gemacht und sie sollten vor allem merklich besser bezahlt werden. So ist es unabdingbar, daß für die sozialen Berufe getrennte Tarifverhandlungen geführt werden, bei denen die spezifischen Bedürfnisse dieser Berufe besser berücksichtigt werden.

Die sozialen Berufe werden attraktiver

An der nicht leistungsgerechten Bezahlung der sozialpflegerischen Berufe hat die Gewerkschaft ein gerüttelt Maß an Schuld, weil sie alle im öffentlichen Dienst Tätigen viel zu lange gleich behandelt hat. Dazu kommen Arbeitszeitverkürzungen, geregelte Arbeitszeiten, freie Wochenenden und vor allem bessere Aufstiegschancen. Der Stillstand beim beruflichen Aufstieg in diesen Berufen muß endlich gebrochen werden. Wenn all dies geschieht, werden die sozialen Berufe attraktiver und damit werden wieder mehr junge Menschen diese Berufe ergreifen. Sie werden dann diese Berufe nicht nur erlernen, sondern auch langfristig in ihnen arbeiten.

In den Vereinigten Staaten von Amerika gibt es derzeit eine heftige Diskussion um einen „National Service“. 83 Prozent der Amerikaner halten diesen nationalen sozialen Dienst der jungen Amerikaner für richtig und sinnvoll. Ich bin sicher, daß auch bei uns sich zunehmend junge Menschen, gerade auch junge Frauen, für die Mitmenschen engagieren. Das soziale Jahr würde dafür einen guten Weg darstellen.

* Roland Sauer, MdB, CDU, ist Mitglied im Bundestagsausschuß Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und „Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Novellierung der Kriegsdienstverweigerung“.

- Wollen die Einrichtungen dienstverpflichtete Laien „mitarbeiten“ lassen oder wollen sie mit Laien „arbeiten“?
- Werden durch die Dominanz von Laien Helfern nicht viele Arbeitsbereiche abgewertet und die Arbeitszusammenhänge notwendigerweise trivialisiert?
- Soll der „Arbeitsdienst“, mehr wird es derzeit nicht werden können, eine Notlösung der entstandenen Pflegemisere sein oder die Dauerlösung? Das Beispiel ZD lehrt, ein Zurück und Abgewöhnen ist schmerzhaft!
- Ist der Ruf nach Pflichtjahr nicht lediglich das Eingeständnis von fehlender Professionalität sowie langfristiger Planung, vielleicht sogar Phantasie- und Lieblosigkeit der Verantwortlichen?
- Soll mit einem Arbeitsdienst auch gezeigt werden, wie wir Hilfebedürftige be- und abwerten?
- Wann ist endlich Schluß mit den einfachsten und scheinbar billigsten Lösungsansätzen für soziale und pflegerische Aufgaben?

Es gibt Alternativen

Es bleibt zu hoffen, daß sich die politisch Verantwortlichen in unserem Land den Forderungen nach einem Pflichtjahr versagen. Es gibt andere Alternativen, wie die umgehende Anhebung der Vergütung für die hauptamtlichen Fachkräfte, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Images sozialer Berufe. Das ist der Weg für ein demokratisches und liberales Gemeinwesen und nicht die Regulierung der Probleme sozialer Arbeit über Zwangsdienste mit ihren entsprechenden militärähnlichen Strukturen, die andernorts gerade vermindert und hoffentlich auch überwunden werden.

* Wolfgang Buff, Soziologe M.A., Gießen
Gerhard A. Hoffmann, Religionspädagoge, Zivildienstreferent des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau, Frankfurt.



Reden ist Silber – Schweigen ist Gold

1. Ein Beispiel

Dem ZDL A.H. stinkt es. Seit Monaten machen seine Vorgesetzten Druck. Nichts ist ihnen gut genug, keiner ist mit ihm zufrieden. Jetzt droht man ihm auch noch mit Versetzung. Er hält diese Methoden nicht für rechtens. Als ihm der Druck schließlich zu groß wird, liest er endlich im Leitfaden, (auch in wub 3/90: sich beschweren heißt: sich wehren) und nach kurzem Aha-Erlebnis schreibt er eine Beschwerde über den Dienststellenleiter. Die schickt er nun, wie es sich gehört, an den Direktor des Bundesamtes für den ZDL, was völlig korrekt ist. Gleichzeitig stellt er seinen Beschwerdetext aber auch der Selbstorganisation der ZDL und der wub zur Verfügung und bittet dort, man möge die unhaltbaren Zustände doch veröffentlichen. Und das ist dann allerdings – im Sinne des Zivildienstgesetzes – nicht mehr korrekt. Damit hat A.H. nämlich seine Pflicht zur Verschwiegenheit im ZD verletzt.

2. Die Verschwiegenheitspflicht

Diese ominöse Verhaltensform ist im Zivildienstgesetz in § 28 und im Leitfaden für den ZD unter Abschnitt D1, Nr. 6 beschrieben. Sie bezieht sich zwar lediglich auf Angelegenheiten, die dem ZDL bei seinem Dienst bekannt werden, hat jedoch einen ausgesprochen dauerhaften Charakter, denn, so steht's geschrieben:

„Der Dienstpflichtige hat, auch nach seinem Ausscheiden aus dem Zivildienst, über die ihm bei seiner dienstlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren . . .“ Damit der Zivi nun aber weiß, daß er im Dienst nicht ganz den Mund halten muß, sondern dienstlich auch sprechen darf, wird im § 28 des ZDG dazu Stellung genommen:

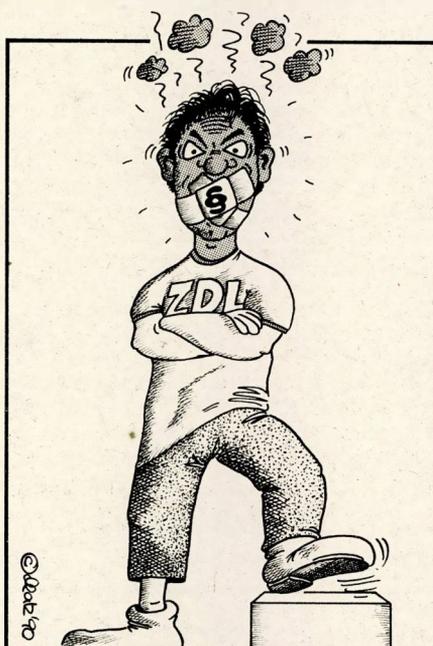
„Dies (die Verschwiegenheit) gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr oder über Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.“

Und damit hat nun sicher mancher so seine Schwierigkeiten. Was heißt hier „offenkundig“? Der geschulte Zivi zieht zwar sofort die für ihn naheliegenden Erläuterungen zum ZDG, nämlich den Leitfaden für den Zivildienst zu Rate, aber auch dort ist bald offenkundig, daß er hier nicht erfahren kann, was mit offenkundig gemeint ist.

So ist er ganz auf die ihm zu Gebote stehenden Möglichkeiten angewiesen: seine Lebenserfahrung, die Erinnerungen an den staatlichen ZD-Lehrgang und auf seinen mehr oder weniger funktionierenden Menschenverstand. Letzterer macht ihm sofort klar, daß es sich bei der Verschwiegenheitspflicht zumindest um jene Informationen und Tatsachen handeln muß, die dem Datenschutz unterliegen. Die Pflicht zur Verschwiegenheit – weder mündlich noch schriftlich einem Außenstehenden oder Unbefugten etwas über diese Dinge mitzuteilen – hat hier durchaus einen erkennbaren Sinn.

Die Verschwiegenheitspflicht – oder die Frage, warum der Zivi manchmal einen Maulkorb trägt

Von Reinhard Becker



Zeichnung: wub/Matthias Scharpff

Die Tatsache, daß der Vorgesetzte im Dienst grüngestreifte Socken trägt, bedarf „ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung“. (Außerdem ist diese Tatsache auch optisch offenkundig.)

Natürlich unterliegen Handlungen, die eine Straftat bedeuten, keiner dienstlichen Geheimhaltung. Sie widersprechen ihr sozusagen und verlangen nach Offenlegung und Bekanntgabe. Ja, auch der Zivi ist als Staatsbürger eigentlich zur Anzeige verpflichtet. Offenkundig? Klar!

Wenn ein ZDL als Krankentransport- oder Rettungssanitäter eingesetzt wird, obwohl er die in Gesetzen vorgeschriebene Ausbildung nicht absolviert hat, dann ist das in der Regel eine offenkundige Sache und unterliegt damit m.E. keinesfalls der Schweigepflicht. Denn jeder könnte im „dienstlichen Verkehr“ des Krankentransport-Zivis, der ja in der Öffentlichkeit stattfindet, die fehlende Qualifikation feststellen, oder auch erleiden. Das Wort „offenkundig“ meint also eine jedermann zugängliche Tatsache. Davon abgesehen würde von dem ZDL hier verlangt, mehr oder weniger wissentlich ein Gesetz zu übertreten. Er müßte dieser dienstlichen Anordnung widersprechen (§ 30, 2 ZDG).

3. Der Maulkorb

Wie in vielen Abhängigkeitsverhältnissen, so können auch im ZD gesetzliche Bestimmungen, die für bestimmte Situationen sinnvoll er-

scheinen, in der Alltagspraxis als Knute mißbraucht werden. Manch einer möchte gerne alles im ZD unter das Verdikt der Verschwiegenheit stellen und das ganze Zivi-Leben als einen einzigen „dienstlichen Verkehr“ betrachten. Was heißen soll: Der Zivi habe gefälligst über alles, was in der Dienststelle vorgeht und gegenüber jedem die Schnauze zu halten. Dies wäre in der Tat ein vollkommener Maulkorb, doch sicher nicht in der Absicht des § 28 ZDG und dem Zivi völlig abträglich.

Daß es diese Knute gibt, daß sie auch gegen ZDL benutzt und dadurch vermeintliches Wohlverhalten, sprich Verschweigen schlimmer Zustände oder Abläufe erzwungen wird, ist aus der ZD-Praxis bekannt. Nicht bei jedem ZDL und in jedem Falle gelingen derartige Versuche. Denn oft trifft überdeutlich der alte Spruch zu: „Wer die Öffentlichkeit scheut, hat etwas zu verbergen.“ Und das fällt selbst gutmütigen Zivis auf. Hier hilft nur, ein zuverlässiges und wirksames Maß an Öffentlichkeit herzustellen. Die Möglichkeiten und Chancen dafür sind besser, als mancher getäuschte ZDL vermutet.

4. Die verschiedenen Öffentlichkeiten

Die Verschwiegenheitspflicht wird zumeist dort zu einem Problem, wo ein ZDL bestimmte dienstliche Verhältnisse bzw. Abläufe für falsch hält oder nicht mehr erträgt, so wie es dem ZDL A.H. in unserem Beispiel erging. In dieser Lage gilt es also, eine bestimmte Öffentlichkeit herzustellen und dort vor allem potente Partner zu finden. Dazu bieten sich dem ZDL – trotz der Verschwiegenheitspflicht – ganz unterschiedliche Ebenen an:

- die inner-zivildienstliche Öffentlichkeit mit ZDL-Kollegen, Vertrauensmann, Regionalbetreuer und Bundesamt
- die innerverbandliche Öffentlichkeit mit Personal- oder Betriebsräten bzw. Mitarbeitervertretung, Vorständen, Vorsitzenden
- die seelsorgerlich-kirchliche Öffentlichkeit. In allen Fällen und Fragen kann er einen Seelsorger seines Vertrauens einschalten – wegen der Sachkunde am besten einen Zivildienstseelsorger – und alle dienstlichen Dinge besprechen
- die rechtliche Öffentlichkeit mit einem Anwalt.

Wer sich dieser Öffentlichkeits-Ebenen bedient, der verstößt nicht gegen die Verschwiegenheitspflicht.

5. Ein letzter Tip

Wer allerdings dienstliche Probleme oder Kritik an der Einsatzstelle sofort in die Medien bringt, hat in der Regel schlechte Karten. Doch wenn vorher die genannten Öffentlichkeits-Ebenen mit entsprechenden Partnern genutzt werden, entsteht dadurch nicht selten eine allgemeinere Öffentlichkeit der anstehenden Probleme und dann auch recht schnelle Abhilfe.

THE MA RÜSTUNGSEXPORT

Von Gesamtdeutschland muß Frieden ausgehen!

Alle reden vom Frieden



Wir nicht.

Giftgaskrieg im Nahen Osten. Für die irakischen Kurden ist er nicht erst seit dem 28. August 1988 grauenvolle Wirklichkeit. Mehr als 3 000 kurdische Frauen, Kinder und alte Männer sowie einige hundert assyrische Christen flohen an diesem Tag vor den sich nähernden irakischen Truppen durch das Bazeh-Tal zur rettenden türkisch-irakischen Grenze. Nur noch einige hundert Meter trennten die Flüchtlinge von türkischem Gebiet.

Doch entlang der Grenze patrouillierten irakische Panzer. Wenige Stunden später näherten sich irakische Flugzeuge. Immer wieder überflogen sie das Tal und warfen ihre tödliche Fracht ab: Giftgas.

Von einem nahegelegenen Berg beobachteten fünf Kurden, wie die Gaswolke das Tal vernebelte. Die meisten Flüchtlinge starben qualvoll, nur wenige überlebten schwerverletzt. Am nächsten Morgen rückten mit Gasmasken ausgerüstete irakische Soldaten an, trugen die Toten und Schwerverletzten zu Haufen zusammen, übergossen sie mit Kerosin und steckten sie in Brand.

Wie die Menschen im Bazeh-Tal starben 13 000 kurdische Zivilpersonen und 2 000 assyrische Christen chaldäischer und nestorianischer Konfession seit 1987 durch irakisches Giftgas.

Fortsetzung von Seite 13

Giftgas aus deutschen Anlagen

Entwickelt und hergestellt wurden die irakischen Chemiewaffen in Anlagen, die zu großen Teilen von bundesdeutschen Firmen geliefert wurden. So wird gegen die Hamburger Firma Water Engineering Trading GmbH (W.E.T.) wegen der Lieferung von Anlagen ermittelt, in denen die chemischen Grundstoffe zur Produktion der Nervengase Tabun und Sarin hergestellt werden. Über dieses Unternehmen bezog der Irak auch Chemikalien zur Erzeugung von Tabun. Produziert werden die Chemiewaffen in einer Anlage, die von der Firma Pilot Plant, einer Schwestergesellschaft der Karl Kolb KG aus Dreieich, offiziell als Pestizid-Fabrik in den Irak exportiert wurde.

Obwohl das US-Außenministerium und internationale Medien bereits 1984 auf die Bedeutung dieser deutschen Exporte für den Aufbau einer irakischen Giftgasindustrie hinwiesen, blieb die Bundesregierung jahrelang untätig. Bonn reagierte erst, als sich die Öffentlichkeit über die Mitwirkung deutscher Firmen am Bau einer libyschen Giftgasfabrik in Rabta empörte, die der Bundesrepublik schweren außenpolitischen Schaden zufügte.

Völkermord an Kurden und christlichen Assyrern

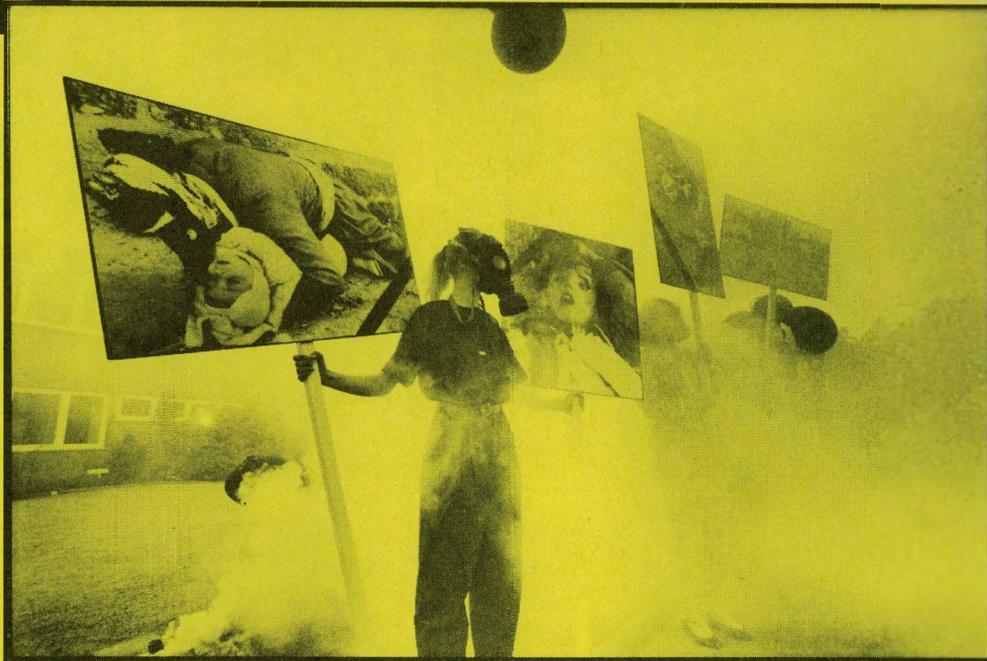
Kaum jemanden interessierte jedoch bislang, daß Diktator Saddam Hussein mit diesen Waffen bereits seit Jahren Völkermord an Kurden und christlichen Assyrern verübt. Niemand in Bonn und Ost-Berlin kann behaupten, er habe nichts gewußt über seine Terrorherrschaft. Seit er 1968 mit seiner „Partei der Arabischen Wiedergeburt“ (Ba'ath) an die Macht kam, ist der Diktator von der Wahnvorstellung besessen, eine Arabische Nation vom Atlantik bis zum „Arabischen“ Golf auszubauen.

Die Ba'ath-Diktatur, deren Ideologie und Organisationsstruktur dem nationalsozialistischen Regime ähnelt, betreibt systematisch die Auslöschung ethnischer und religiöser Minderheiten in dem Vielvölker- und -religionen-Staat. Mindestens 200 000 der 3,5 Millionen irakischer Kurden wurden vom Ba'ath-Regime vernichtet. Alleine 1982 traf dieses Schicksal 8 000 Angehörige des kurdischen Barzani-Stammes. Nach der Deportation von über 1,5 Millionen Kurden in den Süden des Landes wurden mindestens 5 000 ihrer Dörfer und Städte im Nordirak eingeebnet.

Zehntausende Kurden und assyrische Christen kamen durch Bombardements mit Napalm, durch Massenerschießungen, Hinrichtungen, Folter sowie durch Flucht und Vertreibung ums Leben. Mehr als 20 000 assyrische Christen starben unter Saddam Husseins Gewaltherrschaft.

Deutsche Waffen für Iraks Diktator

Auch die UdSSR, Frankreich und China sowie fast alle anderen Klein- und Mittelmächte in West und Ost haben den Irak hochgerüstet. Doch einzigartig ist das breite Spektrum der Geschäfte mit dem Tod, die Deutsche aus West und Ost mit dem Irak betrieben.



1989 war die Bundesrepublik mit Ausfuhren im Wert von 2,2 Milliarden DM Iraks wichtigster Handelspartner und fünftgrößter Rüstungslieferant. Mindestens 70 bundesdeutsche Firmen tätigten seit 1970 Rüstungsgeschäfte mit dem Irak. Darunter waren nicht nur Großunternehmen wie die Daimler-Benz Tochter Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB), sondern auch zahlreiche mittelständische Betriebe.

Folgende Rüstungsgüter, die entweder unmittelbar in der Bundesrepublik gefertigt wurden oder unter deutscher Beteiligung oder in deutscher Lizenz im Ausland produziert wurden, machten Iraks Armee zur viertgrößten Streitmacht der Welt mit einem der modernsten Waffenarsenale: Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber (inklusive Wartung), Schützenpanzer, Flugabwehrraketen, Panzerabwehrraketen, Militärelektronik (Radar-, Sendeanlagen, Präzisionszielgeräte, Zieldarstellungssysteme etc.), Feldhaubitzen, Motoren für Schnellboote, Militärlastwagen (Panzertransporter, LKW, Geländewagen), Schnellfeuergewehre, Gewehre und Munition.

Irak stellt Massenvernichtungswaffen her

Längst hat der Irak begonnen, eine eigene gigantische Rüstungsindustrie aufzubauen. Auch dabei sind ihm deutsche Firmen behilflich. So wird der Essener MAN-Tochterfirma Ferrostaal vorgeworfen, eine komplette Kanonenfabrik exportiert zu haben.

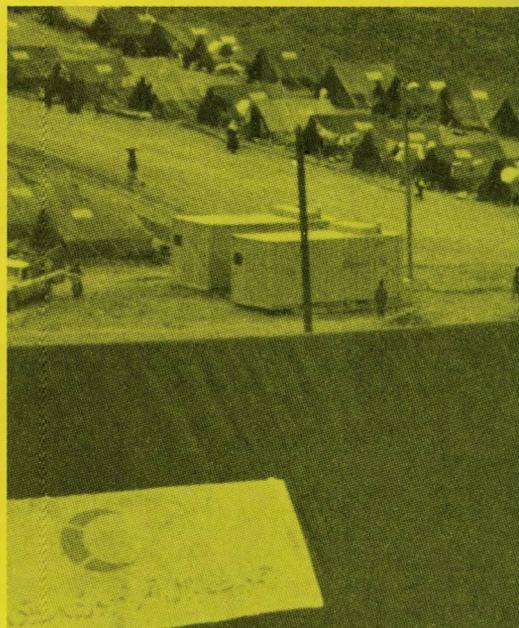
Deutschem Geschäftssinn verdankt der Irak auch Fortschritte in der Entwicklung seiner atomaren und biologischen Waffen. Deutsche Unternehmen lieferten Pilzgifte, die das Saddam-Regime für die Entwicklung biologischer Waffen benötigte, und geizten nicht mit militärischer Nukleartechnik. Besonders blamabel für die Bundesrepublik ist aber die jüngst bekanntgewordene geheime atomare militärische Zusammenarbeit zwischen Brasilien und dem Irak. Schließlich hatte Brasilien erst mit deutschem Atom-Know-how, das ihm aufgrund des 1975 abgeschlossenen deutsch-brasilianischen Atomvertrags zugänglich wurde, eigene Atomwaffen entwickeln können.

DDR half Saddam mit Waffen und Beratern

Für die DDR war der Irak, der jahrelang als „sozialistisches Bruderland“ galt, seit jeher der wichtigste Partner im Rüstungsgeschäft. Der staatliche Ingenieur-Technische Außenhandel (ITA) belieferte ähnlich wie bundesdeutsche Firmen während des Iran-Irak-Krieges beide kriegsführenden Staaten.

So erhielt die irakische Armee von der ITA seit 1980 Handgranaten, Maschinenpistolen, Munition, Werkstattwagen, Motorräder und Flugzeug-Bremsschirme. Darüber hinaus wurden laufend beschädigte Kampfflugzeuge und Funkmeßstationen instandgesetzt.

Wichtigstes Exportgut der DDR war jedoch ihr Fachwissen in „Sicherheitsfragen“. Stasi-Berater waren es, die den berichtigten Geheimdienst des Ba'ath-Regimes nach stalinistischen Prinzipien aufbauten.



Flüchtlingslager im Iran für die Überlebenden des Giftgasangriff

Bundesdeutsche Rüstungs- exporte in alle Welt

Deutsche Rüstungsgüter aus West und Ost wurden in den letzten 30 Jahren in fast alle Krisengebiete der Dritten Welt exportiert. Kaum ein Völkermord wurde seit 1960 an meist wehrlosen Minderheitenvölkern begangen, in dem nicht auch deutsche Waffen mitschossen, von Deutschen ausgebildete Offiziere oder Geheimdienstler folterten oder mordeten: Biafra, Südsudan, Angola, Mosambik, Pakistan, Osttimor, Äthiopien/Eritrea, Kurdistan, Westpapua, Bangladesh und Birma . . .

18.8.90: Mit einer Mahnwache protestierten Mitglieder der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ gegen die Lieferung von Giftgasanlagen der Firma Karl Kolb KG, Dreieich, an den Irak. Die Fotos zeigen kurdische Giftgasopfer aus der Stadt Halabja. Foto: epd-Bild/Merl



Umgerüstete Daimler-Benz-Unimogs bei einer Militärparade in Südafrika 1981



auf Halabja (März 1988).

Foto: Jässem Ghazbanpur

Seit Beginn der 60er Jahre verstärkte die Bundesrepublik ihre Rüstungsexporte und Militärhilfe für Staaten der Dritten Welt. Im Zeichen der Hallstein-Doktrin wurde vor allem an Staaten geliefert, die sich im Gegenzug verpflichteten, die DDR nicht diplomatisch anzuerkennen. Mit dem Scheitern dieser Politik erlebte der deutsche Rüstungsexport unter der SPD/FDP-Koalitionsregierung in den 70er Jahren erstmals einen Boom. Das Geschäft mit dem Tod wurde zunehmend nur noch von kurzfristigen Profitinteressen bestimmt. Statt die Gesetze, die die Rüstungsausfuhr beschränken (Kriegswaffenkontroll-, Außenwirtschaftsgesetz), restriktiver zu handhaben, ermutigte die CDU/CSU-Bundesregierung in den letzten Jahren die Rüstungsindustrie zu einer weiteren Steigerung der Exporte.

Der Kritik einiger Bundesländer ist es zumindest zu verdanken, daß eine weitere Aushöhlung der Rüstungsausfuhrbeschränkungen im September 1990 vom Bundesrat abgelehnt wurde.

Trotz dieses ermutigenden Zeichens muß die Expansion deutscher Rüstungsexporte alarmieren: Nach einer Studie des US-Kongresses steigerte die Bundesrepublik 1989 als einziges der führenden Rüstungsexportländer das Wertvolumen ihrer Waffenverkäufe in die Dritte Welt von 830 Millionen US-Dollar (1988) auf fast 1,3 Milliarden US-Dollar. Viele exportierte Rüstungsgüter, die von Deutschen entwickelt oder produziert wurden, werden dabei noch nicht einmal berücksichtigt, weil sie sowohl zivil als auch militärisch nutzbar sind

Um Exportbeschränkungen zu entgehen, lassen sich zudem immer mehr Waffenfirmen ihre Produkte in Lizenz im Ausland herstellen. Wachsender Beliebtheit erfreut sich dabei die Zusammenarbeit mit Firmen in Staaten, deren Regierungen noch weniger an einer Kontrolle des Rüstungsexports interessiert sind.

Maulkorb für Kritiker

Als die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (GfbV) 1987 die Firmen Pilot Plant und Karl Kolb nach der Lieferung von Anlagen zur Giftgasherstellung in den Irak anklagte, für die Vernichtung ganzer kurdischer und christlich-assyrischer Dorfgemeinschaften mitverantwortlich zu sein, wurde unter Androhung einer Millionenstrafe per Gerichtsbeschuß die Wiederholung dieser Behauptung untersagt.

Erst nachdem GfbV-Mitarbeiter im August 1990 vor den Toren beider Firmen protestiert hatten, wurde wenige Tage später der Geschäftsführer der Firma Pilot Plant inhaftiert.

Inzwischen bescheinigen Gerichtsgutachter, daß die gelieferten Anlagen zur Produktion von Chemiewaffen geeignet sind.

Wenn heute die deutsche und internationale Mitverantwortung für den Völkermord an 200 000 Kurden und 20 000 christlichen Assyrern durch Saddam Hussein immer transparenter wird, sollte das für uns nicht nur Anlaß sein, die in unserem Lande Mitverantwortlichen endlich zur Rechenschaft zu ziehen, sondern auch dafür, deutsche Rüstungsexporte in die Dritte Welt zu beenden.

Vom vereinten Deutschland muß Frieden ausgehen

Fast 100 Millionen Europäer wurden durch den von Hitler begonnenen Zweiten Weltkrieg, durch die Verbrechen des Nationalsozialismus und des Stalinismus getötet. Auch Deutsche haben unter Konzentrationslagern, Flucht und Vertreibung gelitten. Doch inzwischen ist der Kalte Krieg beendet. Die Diktaturen in Osteuropa sind zusammengebrochen. Ein friedliches Gesamteuropa ist im Entstehen.

Ulrich Delius, Tilman Zülch

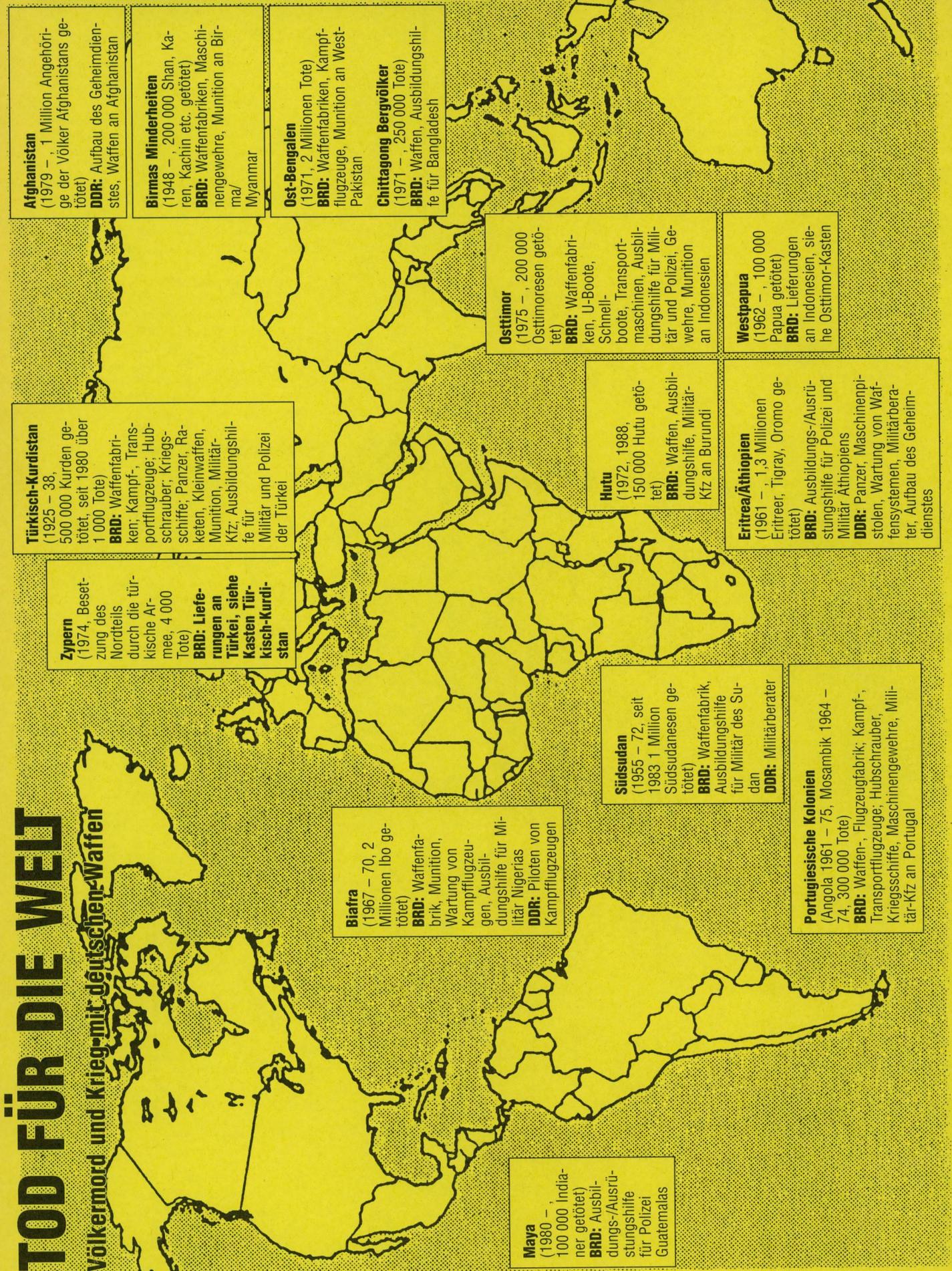
Die Autoren sind Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft für bedrohte Völker“. Die GfbV hat eine Kampagne „Kein Waffenexport für Völkermord“ gestartet. Infos darüber und ein Aktionsplakat können gegen eine Spende angefordert werden bei: Gesellschaft für bedrohte Völker Postfach 2024, 3400 Göttingen

TOD FÜR DIE WELT

Völkermord und Krieg mit deutschen Waffen

THEMA

RÜSTUNGSEXPORT



Afghanistan
(1979 – 1 Million Angehörige der Völker Afghanistans getötet)
DDR: Aufbau des Geheimdienstes, Waffen an Afghanistan

Birmas Minderheiten
(1948 – 200 000 Shan, Karen, Kachin etc. getötet)
BRD: Waffenfabriken, Maschinengewehre, Munition an Birma/Myanmar

Ost-Bengalen
(1971, 2 Millionen Tote)
BRD: Waffenfabriken, Kampfflugzeuge, Munition an West-Pakistan
Chittagong Bergvölker
(1971 – 250 000 Tote)
BRD: Waffen, Ausbildungshilfe für Bangladesch

Osttimor
(1975 – 200 000 Osttimoresen getötet)
BRD: Waffenfabriken, U-Boote, Schnellboote, Transportmaschinen, Ausbildungshilfe für Militär und Polizei, Gewehre, Munition an Indonesien

Westpapua
(1962 – 100 000 Papua getötet)
BRD: Lieferungen an Indonesien, siehe Osttimor-Kasten

Türkisch-Kurdistan
(1925 – 38, 500 000 Kurden getötet, seit 1980 über 1 000 Tote)
BRD: Waffenfabriken; Kampf-, Transportflugzeuge; Hub-schrauber; Kriegsschiffe; Panzer, Raketen, Kleinwaffen, Munition, Militär-Kfz; Ausbildungshilfe für Militär und Polizei der Türkei

Hutu
(1972, 1988, 150 000 Hutu getötet)
BRD: Waffen, Ausbildungshilfe, Militär-Kfz an Burundi

Eritrea/Äthiopien
(1961 – 1,3 Millionen Eritreer, Tigray, Oromo getötet)
BRD: Ausbildungs-/Ausrüstungshilfe für Polizei und Militär Äthopiens
DDR: Panzer, Maschinenpistolen, Wartung von Waffensystemen, Militärberater, Aufbau des Geheimdienstes

Zypern
(1974, Besetzung des Nordteils durch die türkische Armee, 4 000 Tote)
BRD: Lieferungen an Türkei, siehe Kasten Türkisch-Kurdistan

Südsudan
(1955 – 72, seit 1983 1 Million Südsudanesen getötet)
BRD: Waffenfabrik, Ausbildungshilfe für Militär des Sudan
DDR: Militärberater

Portugiesische Kolonien
(Angola 1961 – 75, Mosambik 1964 – 74, 300 000 Tote)
BRD: Waffen-, Flugzeugfabrik; Kampf-, Transportflugzeuge; Hub-schrauber, Kriegsschiffe, Maschinengewehre, Militär-Kfz an Portugal

Biafra
(1967 – 70, 2 Millionen Ibo getötet)
BRD: Waffenfabrik, Munition, Wartung von Kampfflugzeugen, Ausbildungshilfe für Militär Nigerias
DDR: Piloten von Kampfflugzeugen

Maya
(1980 – 100 000 Indianer getötet)
BRD: Ausbildungs-/Ausrüstungshilfe für Polizei Guatemalas

Made in Germany: „Die präziseste Tötungsmaschine der Welt“

Das neue Gewehr »G 11« soll als Nachfolger des Exportschlagers »G 3« bei Bundeswehr und NATO eingeführt werden

Jürgen Grässlin *

Während Saddam Hussein nach der Annexion Kuwaits zum Feind Nr. 1 der zivilisierten Welt erklärt wird, fällt in den Verhandlungen zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und der Waffenfirma Heckler & Koch (H&K) in diesen Wochen eine Entscheidung, die für die Soldaten der Bundeswehr und anderer NATO-Truppen sowie für viele Menschen in der Dritten Welt von nachhaltiger Bedeutung sein wird: Die schwäbischen Tüftler von H&K haben laut 'The Times' „die präziseste Tötungsmaschine der Welt“, das Gewehr G 11, zur Serienreife entwickelt.

Die Hardthöhe muß jetzt entscheiden, ob die Oberndorfer Waffenfirma den Auftrag zur G 11-Serienfertigung erhält, die 1991 beginnen und bis zum Jahr 2002 die Gewehre vom Typ G 3 ersetzen könnte. Die für die Entwicklung und die Vorserie bezahlten bzw. bewilligten 144 Millionen DM sind dabei nur ein kleiner Teil des Milliardenauftrags für die Serienfertigung des weltweit einmaligen Schnellfeuergewehrs.

Der Bund ist gemäß den „Allgemeinen Bedingungen für Entwicklungsverträge mit Industriefirmen“ (ABEI) im Besitz der G 11-Lizenz, (die Entwicklungskosten wurden zu 100 % aus Geldern des 'Verteidigungs'-Haushalts finanziert) und legt als Lizenzgeber fest, wer im Inland sowie in NATO- und Nicht-NATO-Ländern das G 11 produzieren darf.

Recht offensiv wirbt die Firma bei potentiellen Kunden: „Auswertung von Kampfhandlungen zeigen, daß mit herkömmlichen Handfeuerwaffen nur geringe Trefferquoten erzielt werden. Das G 11 erreicht eine hohe Trefferwahrscheinlichkeit durch den automatisch begrenzten 3-Schuß-Feuerstoß mit definierter Streuung.“ Nach den erfolgreichen Testversuchen in den Tropen propagiert die Firma: „Das G 11 ist unter allen Klima- und Einsatzbedingungen voll funktionsfähig.“

Genau dieser Eigenschaft bedarf es auch, wenn die Mörderwaffe an die Kundschaft auch in den Staaten der Dritten und Vierten Welt verkauft werden will. Die Behauptung der H&K-Pressesprecherin, das Gewehr sei lediglich für die Bundeswehr entwickelt worden, klingt angesichts der o.g. Werbeaussagen und der bekannten Folgen des weltweiten Einsatzes des Schnellfeuergewehrs G 3 nicht nur verarmlosend sondern sarkastisch.

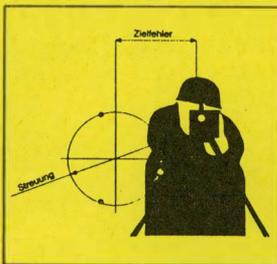
Selbst die Bundesregierung mußte auf Anfrage des „Rüstungs-Informationsbüros Oberndorf“ (RIO) bestätigen, daß „bis 1988 für über 80 Länder Ausfuhrgenehmigungen“ für G 3-Gewehre erteilt wurden. Darunter befanden sich eine ganze Reihe von Diktaturen. Die weltwei-



»Auch bei kurzen Entfernungen tritt im weichen Zielmedium keine Geschosßerlegung auf.«
(Prospekt H&K)

»Das G 11 ist unter allen Klima- und Einsatzbedingungen voll funktionsfähig«
(Prospekt H&K)

Trefferwahrscheinlichkeit
Durch den 3-Schuß-Feuerstoß mit definierter Streuung wird trotz Ziel- und Vorhaltefehlern die Trefferwahrscheinlichkeit wesentlich erhöht und damit der Munitionsverbrauch gemindert.



te Verbreitung und der nahezu grenzenlose Einsatz dieser Schnellfeuergewehre ist zudem durch die G 3-Lizenzvergabe in mindestens dreizehn Länder zu erklären. Der vormalige H&K-Pressesprecher Dirk Holznecht erklärte gar, die G 3-Lizenzen seien „teilweise auf Betreiben der Bundesregierung“ vergeben worden. Im Falle des Iran – dort wurden seit 1967 weit mehr als 1,5 Millionen Gewehre produziert – habe sogar das bundeseigene Unternehmen Fritz Werner die Fertigungsunterlagen geliefert, die Bundesregierung selbst habe die Lizenzen an den Schah vergeben.

Neben den Lizenzfertigungen im Iran, in Saudi-Arabien und der Türkei sind die von Heckler & Koch entwickelten G 3-Gewehre auch im Irak, in Bahrain, in Djibuti, in Jordanien, in Katar und in den Vereinigten Arabischen Emiraten im Gebrauch. Selbst Libyen verfügt über die Schnellfeuergewehre. Sollte in der Golfregion der Ölkrieg beginnen, dann schießen fast alle Kriegsgegner mit G 3-Gewehren aufeinander.

Niemand kann nach den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte garantieren, daß die „präziseste Tötungsmaschine der Welt“ nicht ebenfalls über direkte und indirekte Waffen- und Know-how-Exporte weltweit zum Einsatz kommt. Gewichtige Argumente sprechen eindeutig dafür, daß sich genau diese Befürchtungen bewahrheiten werden: Zum einen müssen die unglaublichen finanziellen Aufwendungen wieder amortisiert und in Gewinne umgewandelt werden, zum anderen wird die Mordwaffe weltweit konkurrenzlos das Objekt der Begierde für alle Armeen sein.

Jetzt oder nie: Stoppt das G 11!

Sollte das G 11 in Serie gehen und damit zum NATO-Standardgewehr werden, dann bleibt nur eine Frage offen: Wann und wo stirbt der erste Mensch durch das G 11? Daß diesem ersten Opfer wieder Hunderttausende folgen werden, steht außer Frage.

Der deutschsprachige G 11-Prospekt läßt keinen Zweifel daran aufkommen, in welcher Absicht das Gewehr entwickelt wurde: „Die Wirkung auf Weichziele entspricht internationalen Abkommen.“ Daß mit den „Weichzielen“ Menschen gemeint sind, signalisieren unmißverständlich die beiden Abbildungen auf derselben Seite. Dort wird der menschliche 'Feind' gezeigt, der „durch den automatisch begrenzten 3-Schuß-Feuerstoß mit definierter Streuung“ getroffen wird. An nicht zu überbietenden Sarkasmus grenzt dabei die Feststellung, daß durch die besagten drei gleichzeitig abgegebenen Schüsse „die Trefferwahrscheinlichkeit erhöht und dabei der Munitionsverbrauch gemindert“ wird. Auf gut deutsch: mehr Tote bei geringerem Materialaufwand!

Heckler & Koch besitzt die besten Aussichten, unabhängig von irgendwelchen menschenverachtend gestalteten Hochglanzbroschüren, den Auftrag zur Serienfertigung dieser Killerwaffe aus Bonn zu erhalten. Dann kann das G 11 von jedem Schützen seinem Hauptzweck gemäß eingesetzt werden, der laut Aussage des G 11-Entwicklungschefs Thilo Möller darin besteht, „jede Art von Verwendungen bei Weichzielen herbeizuführen – denn ein verwundeter Soldat bindet auf der Gegenseite immer mehr Kräfte als ein toter“!

Auch die Bundesregierung weist in gnadenloser Offenheit darauf hin, daß „für die Entwicklung und Erprobung des Gewehrs G 11 ... die Anforderungen eines künftigen Gefechtsfeldes zugrunde gelegt“ wurden.

Wenn es der Friedensbewegung in den kommenden Wochen nicht gelingt, den Druck auf die Bundesregierung massiv zu verstärken, dann werden wir in den nächsten Jahrzehnten nur noch tatenlos auf dem Fernsehschirm verfolgen können, wo gerade das weltweite Morden durch den „3-Schuß-Feuerstoß“ bei gemindertem Munitionsverbrauch“ an „Weichzielen“ vollzogen wird.

Jürgen Grässlin ist Sprecher des Rüstungs-Informationsbüros Oberndorf. RIO und das Schwarzwälder Friedensforum haben eine Postkartenaktion „Stoppt das G 11“ gestartet. Bestelladresse der Postkarte: RIO, Postfach 1133, 7247 Sulz/N.

„Rüstungsexporte verbieten – ohne Wenn und Aber!“

wub-Interview mit Heinz Friedrich, Mitarbeiter bei Dornier in Friedrichshafen

Kritisches und Nachdenkliches aus den eigenen Reihen, damit wird die deutsche Rüstungsindustrie – allen Skandalgeschichten zum Trotz – nicht eben häufig konfrontiert. „Wes Brot ich ess’, des Lied ich sing“ heißt leider allzuoft die Devise bei den Beschäftigten.

Einer, der als Insider seit Jahren sagt was er denkt und dabei mit grundsätzlicher Kritik an der Rüstungsbranche nicht spart, ist Heinz Friedrich, Diplomingenieur beim Friedrichshafener Flugzeugbauer Dornier und Mitglied der Badischen Landessynode. Wegen seinen öffentlichen und unbequemen Äußerungen, über die Sinnlosigkeit des Milliardenprojekts Jäger '90 z.B., wurde der engagierte Christ betriebsintern vom militärischen in den zivilen Arbeitsbereich versetzt und arbeitet nun als Projektleiter an Flugsimulatoren für zivile Flugzeuge. Mit Heinz Friedrich sprach Werner Schulz.

wub: Herr Friedrich, wir erfahren ja zur Zeit beinahe täglich von neuen Enthüllungen über illegale Rüstungsexporte. Wann wird denn in den Schlagzeilen zu lesen sein, daß auch Ihr Arbeitgeber, die Firma Dornier, Rüstungsgüter an den Irak geliefert hat?

Heinz Friedrich: Weiß ich nicht. Ich denke, das wird gar nicht auftauchen. Wir haben ja relativ wenig mit Waffen, sondern mit Flugzeugen, den Trägerteilen, zu tun. Damit will ich nichts verharmlosen, aber so sind die Tatsachen.

Wir haben den Alpha-Jet in den Irak geliefert, präzise gesagt: Das Flugzeug ist eine Gemeinschaftsentwicklung von Deutschland und Frankreich und es wurde über eine französische Firma geliefert. Insofern fliegt der Alpha-Jet mit unseren Teilen. Das ist auch schon lange bekannt, deshalb denke ich nicht, daß wir da in den Schlagzeilen auftauchen.

wub: Es wird keine Raketentechnik bei Dornier entwickelt?

H.F.: Nein, bei Dornier nicht. Das geht zurück auf eine Entscheidung nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals wurde an Dornier, den alten Firmengründer, so eine Anfrage herangetragen – das habe ich vom Hörensagen. Er hat das aber aus ethischen Gründen abgelehnt. Waffen habe er noch nie gebaut und gerade jetzt, nach dem Krieg, lehne er es ab, Waffen zu bauen.

wub: Heute gehört ja Dornier zum Daimler-Benz-Konzern, und ich würde vermuten, daß solche moralischen Fragen nicht mehr oberste Priorität hätten.

H.F.: In der Wirtschaft kommen kaum moralische Werte auf, es geht einfach um die Frage der Zweckmäßigkeit des Geldverdienens. Insofern waren die Lieferungen in den Irak nicht von großem Interesse, außer daß sie Geld gebracht haben, in unserer Leistungsbilanz auftauchten und im Steueraufkommen. Den schlechten Beigeschmack bekommen die Dinge jetzt erst, weil alle Welt sich nun gegen diesen wild gewordenen Menschen im Irak richtet.

Aber in unserer Gesellschaft bleibt weiterhin Geldverdienen oberstes Ziel und dieser Zweck heiligt fast alle Mittel.



Solidarität

„Waffengeschäfte sind nicht wertfrei“

wub: Wie kommt die Tatsache denn bei Ihnen an, daß jetzt deutsche Waffen überall vorne dran sind und daß wir Deutschen ausgerechnet auf dem Gebiet der Waffentechnologie so führend sind, weltweit?

H.F.: Also bei mir kommt das nicht gut an. Von daher habe ich mir schon lange Gedanken gemacht und rede über Abrüstung, für Umrüstung und gegen Militärisches. Aber bei meinen Kollegen ist das weitgehend anders. Wir haben uns angewöhnt, das Geldverdienen wertfrei anzusehen.

Die Ethik in der Wirtschaft heißt halt: Gewinnmaximierung. Und weiter wollen wir nicht denken. Wir versuchen dann wertfrei zu bleiben und zu sagen: Das ist in der Verantwortung der Politiker – wir machen klare Geschäfte. Und rentiert haben sich die Geschäfte, auch die mit dem Irak.

wub: Aber diese „Wertfreiheit“ kann man doch, speziell wenn man Waffen verkauft, nicht ständig als Schutzschild vor sich herschieben.

H.F.: Das kann man nicht, wir tun es trotzdem. Ich kenne Kollegen, die genauso wertfrei argumentieren: Ich habe meine Pflicht zu erfüllen – fertig. Ich werde dafür bezahlt – fertig. Wenn ich es nicht mache, machen es andere – fertig.

Das ist ein sehr beliebtes Schema. Und dann kommen immer wieder Fragen an mich: „Warum redest du so, du wußtest doch, wo du arbeitest? Warum läßt dich die Firma so reden?“ Und immer wieder Erstaunen darüber, daß man Gewissen hat und das auch noch äußern darf. Als ob wir nicht grundgesetzliche Rede- und Meinungsfreiheit hätten.

wub: Aber das interessiert mich auch: Woher kommt es, daß Sie anders denken als Ihre Kollegen?

H.F.: Ich bin auch in meiner evangelischen Landeskirche in Baden tätig und bin z.B. hier Prädikant. Und dieses Predigen, abends über Bibeltexten sitzen, die mich „bearbeiten“, tagsüber etwas ganz anderes zu tun – in dieser Spannung entstand dann das Darüber-Reden. Und dann wurde ich auch als Redner und Interviewpartner geholt – so hat das immer mehr zugenommen, aber ich habe mich nie in den Vordergrund gedrängt.

wub: Nun haben Sie ja nicht nur „geredet“ über Dinge, sondern auch einen Standpunkt vertreten und das Verhalten der Industrie sehr stark kritisiert.

H.F.: Ich habe immer wieder versucht, den Unterschied der finanziellen Situation bei militärischem und zivilem Geschäft zu zeigen. Ganz kurz: Im Zivilen muß ein Unternehmen auf eigenes Risiko und eigene Kosten entwickeln, produzieren und serienreif machen – man braucht viel Geld, bevor dann wieder über die verkauften Stückzahlen das Geld hereinkommt.

Beim Militärischen trägt von Anfang an das Risiko der Steuerzahler. Der Staat gibt das Geld dazu. Es ist eine sehr bequeme Subvention, zumal dieses Geld wenig kontrolliert wird. Die Preisprüfung kann da kaum genau kontrollieren. Sie kann nicht feststellen, ob so eine Hochtechnologie-Entwicklung 1 000 Ingenieurstunden oder 100 000 Stunden umfaßt. Deshalb kann niemand mehr feststellen, ob der Jäger '90 nun soundsoviel Milliarden oder das Doppelte oder das Dreifache kosten muß.

Das heißt dann doch aber im Klartext: Wenn sich während der Entwicklung ergibt, daß es so nicht geht – kein Problem, die Firma hat schon verdient daran. Wenn es sich zeigt, daß Schwierigkeiten auftreten, verdient die Firma umso mehr daran. Im zivilen Bereich wäre das immer eine Katastrophe. Und deshalb wird man aus wirtschaftlich vernünftigen Gründen immer das Militärische vorziehen müssen, es ist einfach bequem. Und die Firmen suchen jetzt – das können Sie mitverfolgen – bei ihren neuen Gebieten wieder solche ähnlichen Staatssubventionen.

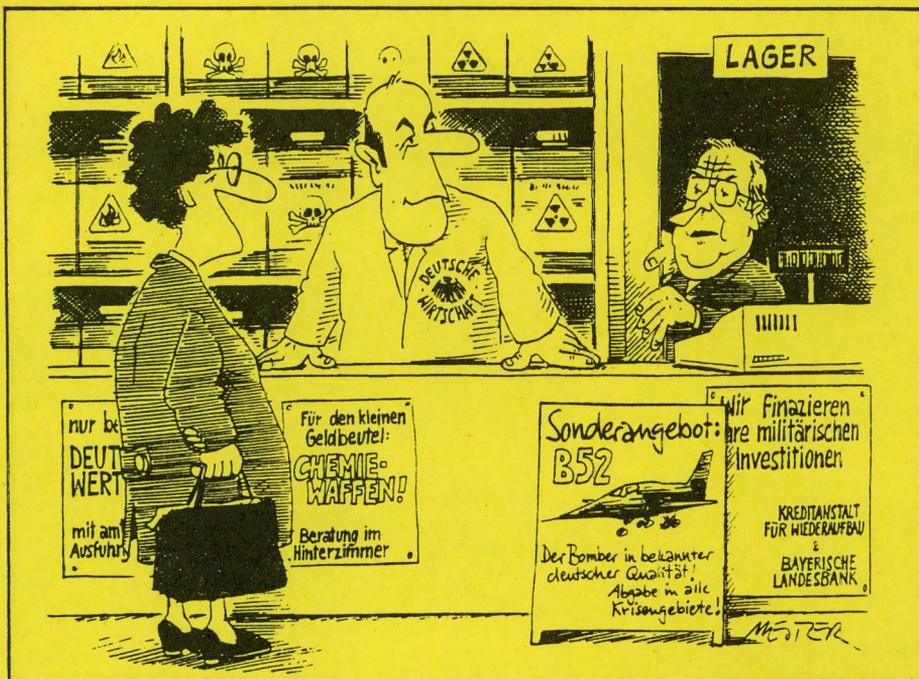
Ich sag’s mal bewußt etwas polemisch: Man soll uns doch subventionieren, daß wir uns Gedanken über die heile Welt machen, aber was dabei herauskommt, das lassen wir noch offen.

„Die Entwicklung wird von der Industrie bestimmt“

wub: Wie hoch schätzen Sie den Einfluß der Rüstungsindustrie auf die sogenannte Sicherheits- und Friedenspolitik ein?

H.F.: Das ist natürlich schwer zu sagen. Da gibt es keine Zahlen. Man spielt ja immer wieder herunter, wie klein doch unsere Rüstungsindustrie insgesamt sei. Aber ich denke schon – und dafür gibt es ja auch massive brancheninterne Belege –, daß die Militärs nicht neue Waffen bestellen, weil sich ein Bedarf durch eine neue taktische Situation ergibt, derzufolge also wieder eine bestimmte Waffe neu entwickelt werden muß, sondern der vordergründige Punkt dabei ist doch: Die Firmen müssen ausgelastet sein.

Insofern wird die ganze Ausrüstung, die ganze Entwicklung von der Industrie bestimmt. Der militärisch-industrielle Komplex – diesen Ausdruck lehnt man gerne ab, er ist von General Eisenhower geprägt – ist natürlich Wirklichkeit, auch bei uns. Viele Leute, die auf der Hardthöhe oder lange Jahre bei der Bundeswehr waren, sind dann bei uns und umgekehrt. Das ist auch personell sehr eng verzahnt. Insofern kommen die Vorgaben für das, was geschehen soll, schon von der Industrie.



„Moral ist ausverkauft, Chef! Schon seit Jahren!“

Zeichnung: DS/Gerhard Mester

„Die Rüstungsproduktion muß geächtet werden“

wub: Nochmal zum Problem des Exports: Denken Sie denn, daß die vorhandenen Gesetze ausreichen, um diesen Wirtschaftszweig im Zaum zu halten, oder müßten da mehr restriktivere Maßnahmen kommen?

H.F.: Die gesetzlichen Vorschriften würden wohl genügen, wenn politischer Wille da wäre, sie anzuwenden und streng zu handhaben. Aber bislang war ja die Situation so, daß die Industrie in Zusammenarbeit mit der betroffenen Ministerialbürokratie versucht hat, die Dinge zu umgehen oder eben so lasch wie möglich zu handhaben.

In der Tat bleibt allerdings immer ein Graubereich, z.B. dieses Trennen in verschiedene Gebiete, wo man hinliefern darf und wo nicht, oder die Frage: Was ist eigentlich eine Waffe? Wo endet das Militärische, wo beginnt das Zivile? Im Grunde genommen – und das ist meine Forderung – müßte man sagen: Keinerlei Rüstungsexport – ohne Wenn und Aber. Es dürfte auch keine Abnehmer geben. Dieser ganze Bereich muß einmal geächtet werden. Die Zeit ist einfach reif dafür, bei so verheerenden Waffen.

wub: Was schlagen Sie an konkreten Maßnahmen vor, damit wir diesem Ziel näher kommen können?

H.F.: Für uns in der Bundesrepublik habe ich zwei Forderungen: Den Rüstungsetz herunterzufahren, so schnell und so gut es geht! Daß es nicht von heute auf morgen auf Null geht, das ist keine Frage. Aber man darf nicht immer noch Steigerungsraten drauflegen oder den Etat konstant halten wollen.

Und das zweite eben: Verbot jeglichen Rüstungsexports – ohne Wenn und Aber! Und ich denke, das geht nur per Gesetz.

Aber im Grunde genommen muß auch dieses An-einen-Krieg-Denken, Für-einen-Krieg-Produzieren, – man nennt es ja auch immer Verteidigung oder Abschreckung und Sicherung – ebenfalls kriminalisiert werden. Aus dem glei-

chen Grund, nämlich Existenzsicherung und Verdienst zu haben – und ich denke sogar mit mehr Berechtigung – könnten die Bauern in Lateinamerika für Rauschgifthanbau plädieren, um ein Beispiel zu nennen.

Es ist bei uns kriminalisiert, Rauschmittel zu produzieren und es müßte genauso auch die Waffenproduktion als unredlich gelten. Da das bislang noch nicht so ist, gilt bei uns das Waffengeschäft ja als „ehrbares“ Tun.

„Die Insider müssen reden“

wub: Wo sehen Sie Ihre persönlichen Möglichkeiten innerhalb des Betriebs, etwas zu unternehmen?

H.F.: Also ich habe immer wieder vor allem über die Sinnlosigkeit dessen, was wir da tun, gesprochen. Vieles von dem, was wir getan haben, hat kein bißchen zu unserer Sicherheit beigetragen. Egal, wie man das definiert hat. Vor allem hat es zur Auslastung unserer Arbeitsplätze beigetragen und zur Umsatzsteigerung. Darüber habe ich geredet und ich rede auch dafür, daß man sozial verträgliche Dinge macht.

wub: Stichwort: Rüstungskonversion, also die Umstellung der Produktion auf zivile Güter.

H.F.: Das ist sicher ein weites und schwieriges Gebiet. Nur ganz kurz: Wir produzieren von allem, was wir benötigen, reichlich genug und noch viel darüber hinaus. Die Probleme mit dem Müll und der Umwelt wären geringer, wenn vieles vermieden werden könnte. Insofern heißt eigentlich das Problem nicht nur Rüstungskonversion – also Umstellung der Produktion – sondern *Produktionsabbau*: Geringeres Arbeiten auf diesen Gebieten, Runterfahren der Arbeitszeit. Die Gesellschaft muß – das ist sicher ein langer Weg, mit viel Machtgerangel auch – ihre Ziele anders setzen.

Wir haben genug Geld und genug Güter. Es gelingt uns nur nicht, die Dinge richtig zu verteilen. Wir haben sicher auch genug Arbeit, nicht im Produktionsbereich, sondern im

Dienstleistungsbereich. Um es sehr griffig zu sagen: Die Ingenieure sollten weniger verdienen und die Menschen in den Pflegeberufen deutlich mehr.

Aber so etwas müssen wir von der Industrie, als Insider fordern; wenn Sie oder ein Pfarrer oder ein Lehrer das sagen würden, dann würde man diese Person diffamieren. Die Insider müssen beginnen zu reden. Allerdings versucht man natürlich auch, das zu verhindern. Und das Gesetz steht da auch schnell auf der Seite der Firmen. Es ist uns verboten – per Gesetz – der Firma wirtschaftlichen Schaden zuzufügen. Nun ist das natürlich so eine schmale Gratwanderung. Wenn ich sage, daß der Jäger '90 keinen Sinn macht, schade ich natürlich meiner Firma, wenn sie groß daran beteiligt ist.

wub: Hatten Sie da auch schon konkrete Probleme?

H.F.: Ja, ich hatte – oder ich habe – Probleme, aber die kann ich selber regeln. Allerdings auch mit Hilfe der Medien, die mir da großen Schutz geboten haben.

wub: Aber Sie denken nicht daran, auszusteigen aus der Firma?

H.F.: Nein, das nicht. Zum einen: Es trennt sich ja dann immer die Diskussion in zwei Lager, und ich denke, die Probleme müssen von innen angesprochen werden. Zum anderen: Ich bin nun 55 Jahre alt und Spezialist auf meinem Gebiet, ich hätte auch keine große Wahl auszuweichen. Andererseits hat sich für mich etwas verändert, ich bin versetzt worden. Ich bin nun nicht mehr im militärischen Bereich tätig, sondern ausschließlich im zivilen. Aber auch da geschieht natürlich noch viel zu viel mit dem Immer-noch-mehr-Bauen und Immer-noch-mehr-Flugzeuge-Wollen.

„Moderner Ablaßhandel“

wub: In Ihrer Region, die wirtschaftlich sehr stark von der Rüstung abhängig ist, gibt es einen christlichen Arbeitskreis, der sich „Umrüsten für das Leben“ nennt. Dort wollen Sie zusammen mit anderen Betroffenen die Gewissensbelastung der Arbeitnehmer/innen in der Waffenproduktion zur Sprache bringen und die gesamte Diskussion in die Kirche hineinbringen. Von der Kirche aber kam bisher lediglich als Antwort, daß man die Menschen, die mit solchen Konflikten leben müssen, nicht alleine stehen lassen dürfe.

H.F.: Die Kirche meint, hier auch Seelsorge anbieten zu müssen. Ich empfinde das schon als schizophren: Einerseits sagt die Kirche, vertreten durch die Synode: Das ist ein verfassungsmäßiger Auftrag, in der Rüstung zu arbeiten, andererseits meint sie dann, an den Leuten Seelsorge betreiben zu müssen.

Wenn es eine ordentliche, gesellschaftlich wichtige und menschengerechte Arbeit ist, dann braucht es auch keine Seelsorge. Ein anderer Bruch: Man betont, daß dies ein verfassungsmäßige und damit ehrbare Arbeit sei, andererseits empfindet man die Namensnennung von Personen und Firmen, die mit Rüstung befaßt sind, als ein An-den-Pranger-Stellen. Ich finde schon, daß die Kirchen, auch die evangelische Kirche, so etwas wie einen „modernen Ablaßhandel“ betreibt. Sie möchte, daß die Arbeit läuft und es somit Steuern und eben auch Kirchensteuern gibt, aber andererseits möchte man nicht wissen, woher das Geld kommt.

wub: Herr Friedrich, herzlichen Dank!

Kampagnen Bücher Zahlen

Kampagnen gegen Rüstungsexport

Zwei Aktionsbündnisse gegen Rüstungsexport wollen wir hier kurz vorstellen:

„Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen“

Seit 1983 arbeiten verschiedene christliche Organisationen in dieser Kampagne zusammen.



Die Kampagne will erreichen, daß die Bundesrepublik Deutschland auf den Export von Waffen und militärischen Gütern, einschließlich der Finanzierung durch Kredite, verzichtet. Gleichzeitig treten die Organisationen für die Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Produktion ziviler, sozial nützlicher Güter ein.

Folgende Materialien werden Interessierten angeboten:

- Kampagnen-Info (erscheint zwei-monatlich mit einem Presse-spiegel)
- Referent/innen-Liste
- Ausstellungen, Dia-Serie
- Anstecker, Aufkleber, Plakate und Leinentasche mit Motto und Symbol der Kampagne
- Informationen zum Rüstungsexport aus dem Zeitungsarchiv der Projektgruppe Rüstungsexport in Idstein
- Bücher und Broschüren

Anschrift:

Kampagne „Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen“, Bahnhofstraße 18, 6270 Idstein/Ts.
Tel. 06126/5 31 18

„Stoppt den Rüstungsexport“

Diese Kampagne setzt sich neben der Hauptforderung, die sich im Namen ausdrückt, ein für:

- Umstellung von Rüstungsproduktion auf alternative Fertigung
- Offenlegung der Rüstungsexporte, d.h. aller bisherigen und zukünftigen Anträge und Genehmigungen
- Beendigung der Ausrüstungs- und Ausbildungsbeihilfen für aus-



ländische Militärs und Polizei

- Abschaffung der Rüstungs- und Militärwerbung (keine Messen dieser Art, keine Beteiligung deutscher Firmen an ausländischen Militärmessen)
- Streichung der staatlichen Subventionen für Rüstungsexporte

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Kampagne sind zur Zeit die Rüstungs- und Atomexporte nach Südafrika, nach Iran und Irak und die militärische Zusammenarbeit mit den Ländern Südostasiens.

Angeboten wird:

- Rundbrief mit Pressespiegel
- Durchführung von Seminaren
- Unterstützung von Gruppen bei der Durchführung von Aktionen
- Informationssammlung und -verbreitung

Anschrift

BUKO-Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport“, Buchtstraße 14/15, 2800 Bremen 1,
Tel. 0421/32 60 45

Bücher und Broschüren zum Thema

Herbert Wulf: „Waffenexport aus Deutschland. Geschäfte mit dem fernen Tod“. Der Autor geht der Frage nach, wie die BRD von einem Land, in dem der Export von Waffen zunächst verboten war, zu einem der Hauptwaffenexporteure der Welt wurde. Mit zahlreichen Daten, Hintergrundinfos und Beispielen belegt er das Versagen von Politik und Justiz
rororo aktuell, Nr. 12621, 174 S., 1989

Jäger/Schwegler-Rohmeis/Berger: „Rüstung ohne Grenzen“ Das gemeinsam von der aej, ORL und dem Tübinger Verein für Friedenspädagogik 1989 herausgegebene Handbuch verdeutlicht durch die umfangreiche Sammlung von Daten, Tabellen und Schaubildern vor allem eines: Rüstungsexport dient dem Profit einer Minderheit und schadet der Mehrheit der Menschen – den armen Völkern der Dritten Welt und ihren Entwicklungsbemühungen.

196 Seiten, Bezug: Verein für Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 7400 Tübingen

Sebastian Bamberg: „... und morgen die ganze Welt. Daimler-Benz, ein Rüstungskonzern auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“.

Wie lief das, daß 50 Jahre nach Beginn des 2. Weltkriegs ein deutscher Rüstungsmonopolist bisher ungekannten Ausmaßes entstand? Stimmt die Gleichung schon: „Daimler-Benz = BRD“? Das sind die Hauptfragen, denen die Autor/innen nachgehen. Bezug: KOMZI, Bahnhofstraße 18, 6270 Idstein

Ökumenische Initiative Eine Welt: „Die sozialen Folgen der Rüstung“ Eine informativ gestaltete Broschüre, die auf 12 Seiten Thesen und Argumente Pro und Contra gegenüberstellt. Als Diskussions- und Arbeitshilfe unbedingt empfehlenswert. Bezug: EINE WELT, Ringstraße 52, 4290 Bocholt-Barlo

Kampagne „Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen“: „Tatort Kurdistan“. Geschichte und Hintergründe für die Tragödie des kurdischen Volkes. 28 S., 1989

Kommunikationszentrum Idstein: „Tatort Stuttgart – Rüstungsrie-se Daimler-Benz“. Die 36seitige Broschüre zur Aktion „Entrüstet Daimler“ beschreibt die Rolle des schwäbischen Industriegiganten vom Faschismus bis heute. Bezug: KOMZI, Adresse siehe oben.

Bahman Nirumand (Hg.): „Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfaß Nahost“. Ein kleiner Funke schon könnte in der arabischen Welt einen katastrophalen Flächenbrand auslösen. Die Lunte ist gelegt – auch mit Hilfe der deutschen Rüstungs- und Know-how-Exporte.
rororo aktuell, Nr. 12926, 188 S., 1990

(Preise siehe S. 29)

Gebetstag

Einen Gebetstag für die Opfer deutscher Rüstungsexporte in die Türkei/Kurdistan initiiert die Kam-

pagne „Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen“ zum Tag der Menschenrechte am 10.12.1990.

Mitarbeiter/innen der Kampagne haben für diesen Gebetstag eine 26seitige Arbeitshilfe erstellt. In der Broschüre wird die Geschichte der „verbrannten Erde Kurdistans“ und die internationale Mitverantwortung an der unmenschlichen Entwicklung dargestellt; es kommen Stimmen der Betroffenen zu Wort und es werden Anregungen für Gebete, Andachten und Gottesdienste gegeben. Auf dem Titel des Heftes ist das Gemälde von Hasim Saydan abgebildet, das Harald Wagner auf Seite 32 (wub-Art) dieser Ausgabe bespricht.

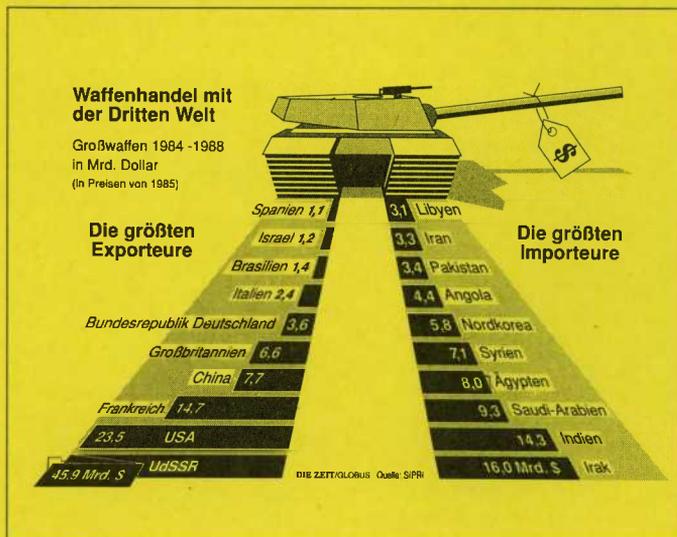
Bezug: Ohne Rüstung leben, Furtbachstr. 10, 7000 Stuttgart 1.

Zahlen

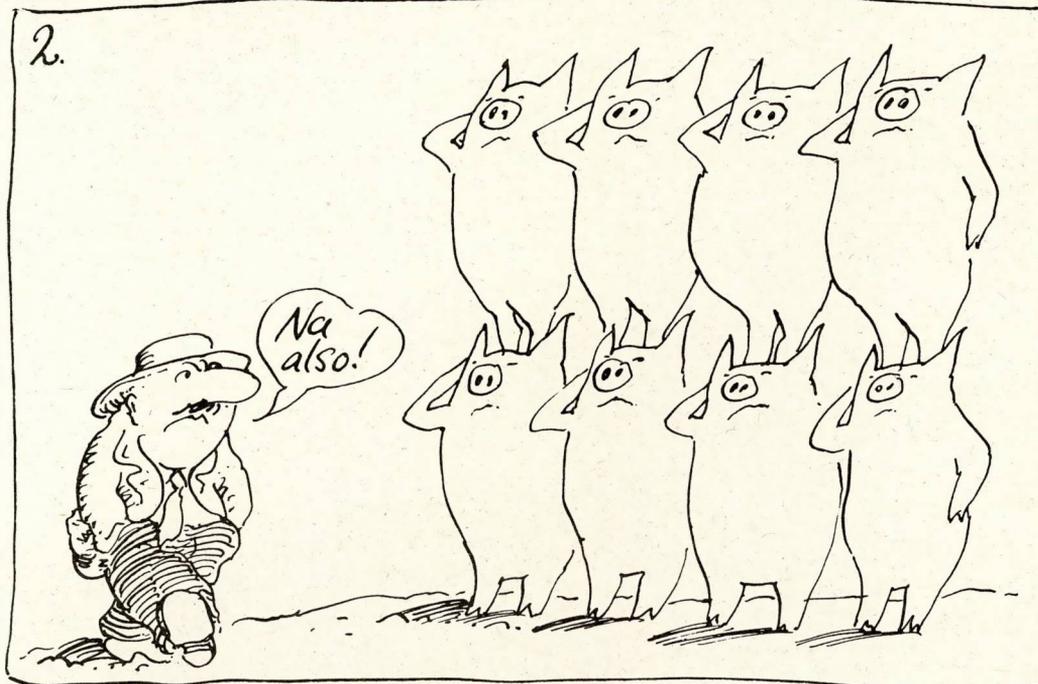
Nach Ansicht des Direktors des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen (UNICEF), James Grant, könnten mit nur 2,5 Milliarden Dollar im Jahr – etwa so viel, wie tagtäglich für die Rüstung ausgegeben wird – die Hälfte der jährlich 14 Millionen Kinder, die am Hungertod sterben, gerettet werden.

In der Bundesrepublik sind 290 000 Menschen in der Militärindustrie beschäftigt. Indirekt hängen nach Schätzungen bis zu 1,3 Millionen Arbeitsplätze von dieser Branche ab.

Aus einem internen Papier der EG-Kommission aus dem Jahre 1988 geht hervor, daß der Handel mit Rüstungsgütern vielfach vom Zoll befreit ist, da die Mitgliedsländer die jeweiligen Waffengeschäfte als „nationale Sicherheitsangelegenheiten“ behandeln. Nach Schätzungen der Kommission erleidet die EG durch diese Zollbefreiung jährliche Einnahmeverluste von mehr als 400 Millionen DM.



wub · graffati · satire



Zeichnung: F. K. Waechter

Fundsachen...

Oh holde Kunst

Auch im Zeitalter hochgezüchteter Waffentechnologie verzichtet Großbritannien nicht auf liebgeordnete Traditionen. Den Truppen Ihrer Majestät am Golf folgt, mit Skizzenblock und Fotoapparat bewehrt, ganz offiziell ein Schlachtenmaler. „Das ist eine dieser seltsamen britischen Traditionen, Künstler in Kriegsgebiete zu entsenden“, sagt John Keane, der schon Kampfgetümmel in Nicaragua und Nordirland in Öl bannte, am Donnerstag dem britischen Fernsehen BBC.

Umgerechnet 30 000 Mark erhält Keane vom Kriegsmuseum in London, das seiner Sammlung von 12 000 Schlachtengemälden auch eine packende Darstellung vom Golf hinzufügen möchte. Keane fotografiert zunächst die Szene am Kriegsschauplatz und nimmt die Fotos als Vorlage für seine Gemälde. Das erspart ihm Scherereien. „Denn wenn es hoch hergeht, kann ich die Soldaten nicht bitten, stillzustehen und für mich zu posieren“, sagte der kampferprobte Künstler. (Aus: FR)

„Ausprobieren“

„Um die Moral seiner Truppen in der Golfregion braucht sich US-Präsident George Bush offenbar keine Sorgen zu machen. Die Marineinfanteristen der 7. Marineexpeditionsbrigade aus Kalifornien beispielsweise fiebern nach den Worten ihres Oberstleutnants M. Kurth jedenfalls darauf, all das auszuprobieren, was sie für den Ernstfall gelernt haben.“

Anfang eines Korrespondentenberichts der US-amerikanischen Nach-

richtenagentur AM zu den US-Truppen am Golf. (Aus: FR)

Der Mensch

„Der Mensch ist ein nützliches Lebewesen, weil er dazu dient, durch den Soldatentod Petroleuma Aktien in die Höhe zu treiben ...“

Kurt Tucholsky, 1931

Vielen geht es so: Der Zivildienst ist rum, und bis man wieder irgendwo etwas fest und längerfristig anfangen will, bleiben noch ein paar Monate Zeit. Was also einstweilen tun? Für alle, die es reizen könnte, in dieser Zeit praktische Arbeit, Interesse an alternativem Landleben und Lust auf Reisen zu verbinden, hätten wir da eine Idee:

Wwoofen in Irland

Ex-ZDL Jürgen Mohr hat's ausprobiert.
Hier sein Bericht für wub.

Ein Land ohne Wehrpflicht, ... ein (noch) geteiltes Land, das einen gewaltfreien Begriff, „den Boykott“ prägte, ... in und außerhalb dessen eine fanatische gewalttätige Bewegung (IRA) aktiv ist, ... ein ehemals geistiges Zentrum Europas, ... viele alte, geschichtsträchtige Steine, ... ein Land der

Kontraste, von industriellen, hektischen Städten bis zu verträumten Nestern mit menschlichen Originalen und Szenen wie aus dem Märchenland, ... ein Land, in dem noch viele Menschen auf dem Lande leben und damit arbeiten ... und und und ... das alles ist Irland – oder Eire.



schen aus der Stadt, sich am Wochenende (früher hieß es „Working Weekends On Organic Farms“) wieder der Natur zu nähern und ein besseres Verständnis dafür zu bekommen. Inzwischen gibt es WWOOF in vielen Ländern, seit Ende vorletzten Jahres auch in der BRD.

Ich war mit der Idee nach Irland gekommen, ungefähr ein bis zwei Wochen an einem Ort zu arbeiten und dann weiter zu reisen, um möglichst viel kennenzulernen und zu erleben. Mittlerweile habe ich allerdings festgestellt, daß das für mich nicht funktioniert. Meistens habe ich die Menschen erst nach ungefähr vier Wochen einigermaßen richtig kennengelernt und man ist sich dann auch persönlich näher gekommen, was ich für sehr wichtig halte, wenn man länger alleine unterwegs ist. Außerdem: Je länger die Aufenthalte, desto länger sind auch die Erklärungen und Gespräche und desto variationsreicher werden die Arbeiten.

Ich denke auch, nur ein längerer Aufenthalt bietet die Möglichkeit, lebendige Zusammenhänge und Entwicklungen auf „holdings“ (Betrieben) zu erkennen und zu verstehen, wieso etwas gerade so „läuft“. Die oft verbreitete Haltung, möglichst viel Information und Wissen möglichst schnell in sich hineinzusaugen, muß da ein bißchen unterdrückt werden. Ebenso das vorschnelle Kritisieren von praktischen Dingen, die den eigenen theoretischen Denkmodellen zuwiderlaufen und schließlich: Wichtig ist, daß ich den Menschen mit meiner Arbeit helfen kann und keine allzu große Störung in ihrem „Alltag“ darstelle.

Verantwortung für die gesamte Schöpfung

Man erzählte mir, daß fast alle WWOOFer/innen Pazifisten seien, ein Beweis dafür, daß gewaltfreies Leben auch da geübt wird, wo Nahrung entsteht und Kulturlandschaft erhalten



Nicht ganz unvorbereitet trat ich meine Reise an. Ich hatte meinen Zivildienst in einem biologisch dynamischen Garten eines Altersheimes abgeleistet. Auf viele Fragen habe ich damals geantwortet: „Ganz klar ist das ein Friedensdienst für mich, und zwar im Sinne des „Gewaltfrei-Leben-Lernprozesses“, ein Friedensdienst an der Natur, für eine Gemeinschaft. Und in diesem Sinne wollte ich auf meiner Reise durch Irland auf biologischen Farmen, Gärtnereien und Selbstversorgerhöfen arbeiten. Nach meiner Erfahrung setzen sich die meisten Bauern und Gärtner sehr intensiv mit dem Leben auseinander und daraus folgend auch mit Freude und Leid, Leben und Tod.“

So wurde ich Mitglied beim irischen WWOOF, (Willing Workers On Organic Farms) was zu deutsch soviel heißt wie „Freiwillige Helfer auf Bio-Höfen“ und „wwoofte“ von Juli '89 bis Februar '90 durch die irischen Counties.

Wwoofen kann man derzeit bei 39 „hosts“ (Gastgebern), was bedeutet, daß man dort mitarbeitet und mitlebt, gegen Vergütung, Unterkunft und manchmal auch ein wenig „Reisebeihilfe“ – ganz sicher aber werden jede Menge Lernmöglichkeiten geboten und natürlich Ausflüge, die man allein oder mit der Familie in die Umgebung machen kann. WWOOF entstand in England als Möglichkeit für Men-



Eindrücke aus Irland. Fotografiert von Christa Schnepf. Noch trägt die Insel ihren Beinamen „die grüne Insel“ zu recht. Aber unser Autor fragt sich: Wie lange noch?

wird. Eine Frage, die mich seit meiner Kriegsdienstverweigerung beschäftigt, taucht während dieser Reise wieder sehr deutlich auf: Frieden mit Pflanzen und Tieren zwischen „Konsumenten“ und „Produzenten“ – wie geht das? Es entstehen schnell theoretische Denkmuster, aber oft sieht die Praxis dann doch anders aus. So wurde ich etwa als Nicht-Fleischesser konfrontiert mit schlachtreifen Tieren, mit kranken, sterbenden und toten Tieren. Auch wenn ich kein Fleisch esse, so werde ich doch nie Pflanzen und Tiere wie Menschen behandeln.

Anthony Kaye, ein bio-dynamischer Gärtner in Irland schreibt einführend: „Die Weise, in der Tiere in der bio-dynamischen Landwirtschaft gebraucht werden ist so, daß die Tiere sich zu Hause fühlen, sie sind Teil eines Ganzen, zu dem sie natürlicherweise gehören, wenn der Mensch Verantwortung für sie übernimmt, nicht um Geld daraus zu machen, sondern zu schauen, daß sie ihre Aufgaben im ganzen Kreislauf der Natur erfüllen können.“

Beim Versuch, Tiere und Pflanzen artgerecht zu behandeln, sind sowohl Bauern und Gärtner als auch die Verbraucher gefordert. Auch in Irland ist es deutlich, daß am Desaster der heutigen Landwirtschaft die Verbraucher mitschuldig sind. In Irland ist im Gegensatz zu der BRD der Markt für biologische Produkte noch ziemlich klein. Während in der Bundesre-

publik jede Menge biologische Produkte importiert werden, sind irische Produzenten weitgehend auf den Export angewiesen. Wer nicht exportieren kann, muß seine Ware oft zum konventionellen Preis vermarkten, was ungerecht ist, oder er bleibt darauf sitzen. So arbeitete ich z.B. bei einem Schaffarmer in Südwest-Irland, der gerne biologische Schafhaltung betreiben möchte, was jedoch wesentlich mehr Arbeits- und Zeitaufwand erfordert. Da seine Mehrarbeit nicht gewürdigt werden würde, hält er die Schafe weiterhin konventionell. Es kann also die Initiative für neue Impulse nicht immer von Bauern oder Gärtnern ausgehen, es muß sich etwas beim Verbraucher tun!

„Holistic lifestyle“

Unterwegs lernte ich sehr unterschiedliche „holdings“ kennen, vom Selbstversorger mit Pferdearbeit und Blockhaus über eine Schaffarm bis zur Kräuterschule mit Gemüseagärtnerei. Und natürlich traf ich auf die unterschiedlichsten Menschen mit den verschiedensten Lebensphilosophien. Doch irgendwo treffen sich fast alle wieder: Sie versuchen so etwas wie einen „holistic lifestyle“ (ganzheitlichen Lebensstil) zu verwirklichen, interessieren sich für

alte Traditionen, in der Hoffnung, sie umgewandelt wieder aufgreifen zu können, lesen Bücher zu allen möglichen alternativen Lebensbereichen und spielen oder hören gerne Musik. Die wenigsten Familien, die ich besuchte, waren allerdings Iren von Geburt. Die alternative Bewegung in Irland ist stark von „Ausländern“ (besser: Kosmopoliten) geprägt. Ein gutes Forum für diese Leute ist die Zeitschrift 'Common Ground' (Gemeinsame Erde/Grundlage), ein Magazin über das alternative Leben. Das Blatt entstand 1976 auf dem „Senfkorn-Festival“ in Glencree (so eine Art „irisches Woodstock“). Seit Dezember 1989 werden auch WWOOF-Neuigkeiten dort veröffentlicht.

Langsam werden auch die „Aussteiger“ hier in Irland vom wuchernden „Zivilisationsgeschwür“ heimgesucht, ganz besonders seit Irlands Eintritt in die EG hat sich hier einiges geändert. Man versucht, den „Standard“ anzugleichen: Chemie, Industrie, Fast Food, Plastik, Beton, Asphalt . . . Ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis Irland noch weniger eine „grüne Insel“ sein wird als sie es jetzt schon ist?

Auch in Irland: Hoffnung auf die Kraft der Gewaltfreiheit

Noch gibt es durchaus Lichtblicke, wie z.B. die gelungene Verhinderung einer Niederlassung des Chemieriesen Merrel Dow (siehe Bophal, Seveso u.a.), der, nachdem er in Dänemark gescheitert ist, sein Glück in Irland versuchen wollte. Oder das erfolgreiche Emporkommen der Grünen in Irland. Politisch geht es in Irland ansonsten weniger spektakulär zu als auf dem europäischen Festland. Vielleicht interessieren sich deswegen so viele Leute, die ich hier traf, für ausländische Politik?

Während meiner Reise durch Irland fühlte ich mich in Beobachter-Position, was die atemberaubenden Veränderungen rund um Deutschland anging. Wieder zu Hause angekommen, schrieb mir eine Deutsche, die jetzt in Irland lebt: „ . . . Wir halten trotzdem hier weiter aus, wenn ich auch kurzfristig das Gefühl hatte, die NATO geht gleich mit über Bord – . . . keine Starfighter u.ä. mehr, dann kann man ja sogar wieder in Deutschland leben.“ Tatsächlich stimmten die ganzen Geschehnisse sehr viele Iren auch in bezug auf das Schicksal ihres eigenen Landes nachdenklich. In der Irish Times erschien etwa ein Appell von Dr. Daly, dem Bischof von Co.Down und Connor. Unter der Überschrift „Aufruf für ein Ende der Nord/Süd-Teilung“ schreibt er: „Die Veränderungen bieten all denen, die für den Frieden beten und arbeiten eine große Hoffnung. Wenn der Eisernen Vorhang, symbolisiert durch die Berliner Mauer, fallen kann, dann können sicher auch die Mauern fallen, die Belfast praktisch in zwei Städte teilen. Die historischen Veränderungen, die wir gerade durchleben, sind zum großen Teil gewaltfrei zustande gekommen. Sicherlich können gewaltfreie Methoden auch hier die nötigen Veränderungen herbeiführen.“

Und erst kürzlich schrieb mir ein Freund: „Hören wir nie auf, an unsere Träume zu glauben.“

DIA LEAT (gaelisch: Gott mit dir)!

Kontakte:

WWOOF-BRD, Hanna Blum, Rüdeshheimer Str. 33, 6222 Geisenheim
WWOOF-Öffentlichkeitsarbeit, Gerda Evenmann, Eichelstr. 50, 4000 Düsseldorf 13



Nein, so berühmt wie die fast gleichaltrige Rosa Luxemburg ist sie nie gewesen, und sie war auch ganz anders: eine sehr bürgerliche und lebhaft Frau, bekannt für ihren Humor, ihre Gastlichkeit und Liebe zur Musik und Literatur. Im Rheinland als Tochter eines Rechtsanwalts aufgewachsen, heiratete sie 1888 nach Bremen, führte hier eine glückliche Ehe, genöß das Ansehen einer Senatoren-gattin, und lebte gleichzeitig noch ein völlig anderes Leben.

Auguste Kirchhoff (1867–1940) war eine leidenschaftliche politische Kämpferin: fast dreißig Jahre lang stand sie – bis zum Beginn der Naziherrschaft 1933 – mit an der Spitze der bürgerlichen Frauenbewegung, deren radikalem linken Flügel sie angehörte. An der Seite von Minna Cauer, Helene Stöcker, Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg stritt sie für politische und sexuelle Gleichberechtigung von Frauen und – seit dem Ersten Weltkrieg – für Frieden und Völkerverständigung. Zugleich war sie Mutter von fünf Kindern, Künstlerin, Lehrerin, Sozialarbeiterin, Journalistin, Rednerin und eine berühmte Gastgeberin.

Zunächst für das Frauenstimmrecht aktiv, gründete Auguste K. mit dem fortschrittlichen Pastor Albert Kalthoff 1906 in Bremen ein Heim für ledige Mütter und deren Kinder, wogegen sich massiver Widerstand formierte. Besonders die Frauen der „Gesellschaft“ forderten den Senat auf, die neue Einrichtung „im Interesse des öffentlichen Anstandes, der verletzt, und der öffentlichen Sittlichkeit, die gefährdet würde“, zu verbieten. Auguste K. blieb standhaft, nahm in Kauf, verlacht und gemieden zu werden, und in der Frauenbewegung wurde man allmählich auf sie aufmerksam.

Augustes sozialpolitisches und pazifistisches Engagement war in starkem Maß geprägt durch den freireligiösen Pastor A. Kalthoff. Von der Kanzel herab setzte er sich für Mutterschutz ein, machte aus seiner Kriegsgegnerschaft keinen Hehl und unterstützte – seit 1903 auch als Vorsitzender der von ihm gegründeten Bremer Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft, DFG – die Ziele der Friedensbewegung.

Großen Anteil an Augustes politischen Aktivitäten nahm ihr Ehemann, der sie in ihrer Arbeit bestärkte und ermutigte, sich von Anfeindungen und Mißerfolgen nicht beeindrucken zu lassen. Heftiger Widerstand schlug ihr entgegen, als sie im Rahmen des auch in der Frauenbewegung umstrittenen Bundes für Mutterschutz – eine Art „pro familia“ im Kaiserreich – für Geburtenregelung, sexuelle Aufklärung, die soziale Anerkennung der Frau als Mutter sowie gegen „doppelte Moral“, Prostitution und die §§ 175 und 218 eintrat – alles Themen, die für „anständige“ Frauen tabu waren.

Auguste K. gehörte zu den wenigen Menschen, die sich im August 1914 nicht von der Kriegspsychose anstecken ließen. Den Krieg lehnte sie als „Massenmord und Verbrechen“, das Soldatenhandwerk als „Gebrauch von Mordwaffen“ ab. Ihrer kriegsbegeisterten Tochter gab sie zu bedenken: „Sieh Dir mal diese Schlachtenbilder an, wo die Soldaten nichts Menschliches mehr haben, wenn sie im Nahkampf den 'Feind' niederstechen. Natürlich alles im Namen Gottes und des Christentums.

Für Frieden
und Gleichberechtigung:

Auguste Kirchhoff

Frauenrechtlerin und
kämpferische Pazifistin

Helmut Donat



Und denk' mal an all die in die Luft gesprengten und versenkten Schiffe, über die Menschen, die jetzt jubeln, an den Kampf mit Stinkbomben und giftigen Gasen etc. etc. So nämlich sieht der Krieg aus, das ist sein wahres Gesicht.“

Während sich die bürgerliche Frauenbewegung mit über einer Million Mitglieder in den „Dienst des Vaterlandes“ stellte, nahm Auguste K. Ende April 1915 am ersten Internationalen Friedenskongreß der europäischen und amerikanischen Frauen in Den Haag teil. Die Teilnehmerinnen forderten einen raschen Frieden, lehnten Annexionen ab und sprachen sich für eine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie aus. Nach ihrer Rückkehr wurde Auguste K. als „Verräterin“ abgestempelt und gesellschaftlich isoliert. „Vaterländisch“ gesinnte Frauen starteten eine Anzeigenkampagne gegen sie. packenweise gingen Protestbriefe im Kirchhoff'schen Hause ein. Um so mehr suchte Auguste K. aufklärend und für den Frieden zu wirken. Inmitten des Völkermordens forderte sie die Frauen auf, durch die Erziehung ihrer Kinder eine Welt des Friedens vorzubereiten. In ihrer 1917 verfaßten Schrift „Unserer Kinder Land“, die wegen ihres pazifistischen Inhalts erst 1919 erscheinen konnte, plädierte sie dafür, „in unseren Kindern eine Kämpferschar heranzubilden, die die Losung 'Krieg dem Kriege' aus tiefster, heiliger Überzeugung auf ihre Fahnen schreibt!“ Auguste K. erhielt Rede-

verbot, ihre Korrespondenz unterlag der Zensur

Nach dem Ersten Weltkrieg zählte sie zu den führenden Frauen der Friedensbewegung, die sich in der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit zusammengeschlossen hatten und dessen deutschen Zweig sie Ende 1918 mitgründete. In Artikeln und Reden, auf Versammlungen und Kongressen warb sie für Kriegsdienstverweigerung, für vollständige und allgemeine Abrüstung und für eine Aussöhnung mit dem polnischen, dänischen und französischen Volk. Scharf verurteilte sie den Antisemitismus, Nationalismus und den Chauvinismus, wie er sich im Streben nach neuen deutschen Kolonien manifestierte. Früh warnte sie vor einer Verharmlosung des Nationalismus und schrieb: „Ist der Faschismus erst im Besitz von Heer und Polizei, dann ist es zu spät zur Abwehr, denn er wird rücksichtslos von ihnen Gebrauch machen und vereint mit seinen Sturmtruppen durch sie den Terror über das Land tragen.“

In Zusammenarbeit mit der Bremer DFG-Ortsgruppe, deren Mitglied sie war, organisierte Auguste K. pazifistische Dichterlesungen, Veranstaltungen für eine „Erziehung ohne Prügel“ sowie gegen Kriegsspielzeug und erhöhte Reichswehrausgaben, gegen den Drogenhandel und die Herstellung und Verwendung von Giftgasen.

Sie war eine streitbare, zugleich gütige Radikale, deren Kraft und Leidenschaftlichkeit nicht zu versiegen schien – bis 1929 ihr Ehemann starb, ein Verlust, den sie, so sehr sie auch dagegen anging und sich in die politische Arbeit stürzte, nicht verwinden konnte. Aus gesundheitlichen Gründen mußte sie sich ins Privatleben zurückziehen. Sie litt an Deutschland und der Herrschaft des NS-Regimes, wenn sie auch von persönlicher Verfolgung verschont blieb. Als sie im Juli 1940 in Bremen starb, war sie längst vergessen.

Wie ein Vermächtnis klingen die Schlußsätze ihrer letzten Veröffentlichung: „Es gibt ein Gebot: 'Du sollst nicht töten'. In grandioser Schlichtheit und Einfachheit steht es da und lebt in den Menschen, die auf den Namen 'Mensch' Anspruch erheben. Es gilt nicht nur für ein fernes Ziel; es gilt dem 'Einst' wie dem 'Jetzt', dem Einzelnen wie dem Volk.“

Literatur

Henriette Wöttrich: Auguste Kirchhoff – Eine Biographie (Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Bd. 1); Donat Verlag, Bremen 1990, 264 S., 17 Abb. Preis siehe S. 29



BUCH

Mäuse, Katzen, Schweine

Art Spiegelman: „Maus. Die Geschichte eines Überlebenden“, Rowohlt Verlag, Reinbek 1989, 160 S., Preis S. 29

Besprochen von Elisabeth Schneider

„Mickey Mouse“ – jeder kennt sie, die berühmteste Comic-Maus der Welt, mal komisch, mal lustig, immer frech, bei jung und alt beliebt – auf jeden Fall die Supermaus, Held in allen Lebenslagen.

Von Mäusen ganz anderer Art erzählt Art Spiegelmans Comic „Maus“. Die Maus als Opfer, gedemütigt, verfolgt, gejagt (ein Kapitel heißt „Die Mausefalle“), vernichtet bis auf einige überlebende Exemplare, steht im Mittelpunkt dieser Bilder-geschichte. Sie basiert auf der Biographie eines polnischen Juden, der mit seiner Frau (als einzige einer zahlreichen Familie) Auschwitz überlebt hat, über Schweden in die USA gekommen ist und viele Jahre später seinem Sohn – Art Spiegelman nämlich – auf dessen bohrende Fragen hin seine Überlebensgeschichte zu (Tonband-) Protokoll gibt. Aus diesen Aufzeichnungen ist in jahrelanger, quälender Arbeit ein „Comic“ entstanden, zunächst in Fortsetzungen in einem amerikanischen Comic-Magazin erschienen („Raw“, herausgegeben von A. Spiegelman und seiner Frau), dann in Buch-Form, inzwischen auch in deutscher Fassung.

Gezeichnet ist diese Geschichte in holzschnittartigen Schwarz-Weiß-Bildern mit Sprechblasen, in denen der Erzähler ein gebrochenes, ans Jiddische erinnerndes Deutsch spricht.

Auschwitz und seine Vorgeschichte, die Verfolgung der Juden im Dritten Reich als Comic – geht das überhaupt, darf man das? Dem Buch vorangestellt ist ein Zitat Hitlers: „Es ist ja wohl nur recht und billig, die Welt von einer minderwertigen Rasse zu befreien, die sich wie Ungeziefer vermehrt.“ Hieraus leitet es sich für Art Spiegelman ab, die verfolgten Juden im Comic als Mäuse und – in logischer Konsequenz – die Nazis als Katzen zu zeichnen (Assoziationen mit „Tom und Jerry“ sind hier sicher auch beabsichtigt).

Wladek Spiegelman heiratet Anja Zylberberg (ihr, die sich in den 60er Jahren das Leben nahm, hat Art Spiegelman sein Buch gewidmet), Tochter eines reichen Textilfabrikanten, der seinem Schwiegersohn den Aufbau eines eigenen Geschäfts ermöglicht. Nach Beginn des 2. Weltkriegs wird Wladek eingezogen – als einziger Sohn seiner Familie, denn bei den älteren Brüdern hatte der Vater die Musterung erfolgreich unterlaufen:



Wladek kämpft auf polnischer Seite und gerät als Kriegsgefangener zum ersten Mal in die Hände der Nazis. Nach Internierungslager und Zwangsarbeit wird er nach Reichspolen entlassen, entkommt dort einer ersten Erschießungsaktion und kann zu seiner Familie zurückkehren. Auf eine kurze Zeit harmonischen Familienlebens (inzwischen ist ein Sohn – Richieu – geboren) folgen Vertreibung, Ghetto, Versteck – ein unbeschreiblicher Leidensweg, auf dem fast alle Familienmitglieder ihr Leben lassen müssen, zuerst die Großeltern in Theresienstadt dann die Schwester mit vier Kindern in Auschwitz, schließlich der kleine Sohn Richieu. Wladek und seiner Frau gelingt es zunächst, sich zu verstecken, doch schließlich werden sie durch polnische Kollaborateure (alle Polen werden im Comic als Schweine dargestellt) an die Nazis verraten und nach Auschwitz deportiert.



Hier endet der erste Band, die Fortsetzung (unter dem Titel „Mauschwitz“) ist in Vorbereitung. Was die Lektüre dieser Bilder-geschichte reizvoll macht, ist die Tatsache, daß es sich um eine Erzählung auf zwei Ebenen handelt: Auch die Begegnungen zwischen Art und seinem Vater sind in Bildern festgehalten; sie beleuchten den Generationskonflikt zwischen Vater und (nachgeborenem) Sohn, dem eine Annäherung an den Wladek von damals und heute nur stückweise gelingt.

Auf die Frage, ob er meine, daß die Warnung, die sein Buch ausdrückt, dazu beitragen könne, die Menschheit zu retten, antwortet Art Spiegelman: „Irgendwie versuche ich nur, mich selber zu retten.“

Die Vergangenheit seiner Eltern und der spätere Selbstmord seiner Mutter haben Art Spiegelman psychisch schwer belastet, seine Lebensstationen (Alkohol, Drogen, Aufenthalt in einer psychiatrischen Klinik) sind hierfür ein unübersehbares Indiz. In diesem Zusammenhang sei auf

Elie Wiesel: Der fünfte Sohn
Roman, Herder Verlag Freiburg i. Br. 1985
verwiesen. Hier wird ein ganz ähnliches Schicksal erzählt: ein nachgeborener Sohn polnischer Juden versucht, die entsetzliche Vergangenheit seiner Eltern (die ihm die Existenz seines von den Nazis ermordeten Bruders verschwiegen hatten) und die Belastung dieser Vergangenheit für sein eigenes Leben aufzuarbeiten. Erwähnt seien hier auch die Interviews mit den Kindern der Opfer:



DIE GESCHICHTE EINES ÜBERLEBENDEN

Peter Sichrowsky: Wir wissen nicht, was morgen wird, wir wissen wohl, was gestern war. Wir – junge Juden in Deutschland und Österreich. Kiepenheuer und Witsch, Taschenbuch

Über die Problematik, den Holocaust in einem Comic zu beschreiben, mag sich jeder Leser selbst ein Urteil bilden. Hinzuweisen wäre in diesem Kontext allerdings auf die neuere Entwicklung der Comic-Literatur: weg von harmlos-geschmacklosen Sprechblasen-Bildchen in Hochglanz-Format, hin zu „seriösen“ Geschichten mit hoher literarischer und künstlerischer Qualität. Wer sich auf dem internationalen Comic-Markt umsieht, wird hierfür viele Beispiele finden. Daß Art Spiegelman – von Beruf Comic-Zeichner und Herausgeber – den Comic als das Medium gewählt hat, in dem er sich am besten artikulieren kann, erscheint mir plausibel. Aber lassen wir ihn abschließend selbst zu Wort kommen:

„Wie immer man's bringt – man muß irgendwie lügen. Man hat nur die Wahl, entweder ganz zu schweigen oder zu reden, wo Worte machtlos sind. Bestenfalls kann man Wahrheit andeuten.“





Oberbürgermeister Levi bei der Enthüllung der Gedenktafel. Foto: Berger

Dreijährige Initiative hat Erfolg: Offizielles Deserteur-Denkmal enthüllt

„Nicht aus Furcht vor dem Tode, sondern aus dem Willen zu leben“, lautet die Inschrift der ersten offiziellen bundesdeutschen Gedenktafel für Deserteure in Göttingen. Oberbürgermeister Artur Levi (SPD) enthüllte die an einer ehemaligen Kaserne angebrachte Tafel am 1. September, dem Antikriegstag, für die Stadt Göttingen.

Die Initiative zu diesem Denkmal stammt von einer Gruppe ehemaliger Bundeswehrsoldaten, die nachträglich verweigert haben: Die Göttinger Gruppe von „Reservisten verweigern den Kriegsdienst“ setzte sich knapp drei Jahre für die Aufstellung eines solchen Denkmals ein.

Das gesamte Deserteur-Denkmal besteht aus der Gedenktafel und einem zusätzlich angebrachten Widmungstext.

Die Gedenktafel ist ein vom Göttinger Künstler Joachim Nitsch geschaffenes Steinrelief. Neben der Inschrift zeigt es einen Kirschenzweig und eine von drei Fußtritten in den weichen Boden getretene Hakenkreuzfahne, die die Fahnenflucht des Deserteurs symbolisieren soll. Die Tafel ist in Anlehnung an den literarischen Bericht „Die Kirschen der Freiheit“ entstanden, in dem der deutsche Schriftsteller Alfred Andersch seine eigene Desertion aus der Wehrmacht im Juli 1944 beschreibt. Eine gesondert angebrachte Tafel enthält die Widmung des Denkmals: „Den Deserteuren, die sich aus Gewissensgründen dem Kriegsdienst für die nationalsozialistische Gewaltherrschaft verweigert haben und dafür verfolgt, getötet und verleumdet wurden.“

Das Deserteur-Denkmal soll nach Ansicht der Initiatoren eine Art „Stein des Anstoßes“ sein. Als solcher soll es „keinen neuen Heldenkult für Deserteure schaffen, sondern zum Nachdenken und Gespräch über die Ent-

scheidung der Deserteure zur Fahnenflucht anregen, so Eckhart Stedeler, Sprecher der Gruppe „Reservisten verweigern den Kriegsdienst“.

Die Initiatoren der Gedenktafel verbinden mit der Aufstellung die Forderung nach einem uneingeschränkten Recht auf Kriegsdienstverweigerung und der damit verbundenen Entkriminalisierung der totalen Kriegsdienstverweigerer.

Sebastian Berger

Atomteststop!

Die „Friedenstest-Kampagne – Ziviler Ungehorsam bis zum Atomteststop“ veranstaltete am 23.9.90 in Stuttgart vor dem US-Eucom, der Kommandozentrale für alle US-Atomwaffen in Europa, eine Protestaktion.

Die Demonstranten forderten den totalen Verzicht auf Atomwaffentests. Drei der Demonstranten gaben ihrem Protest Ausdruck, indem sie sich vor den Eingang des Eucom legten und so kurzfristig die Zufahrt blockierten.

Konkreter Anlaß für die Aktion ist die UNO-Konferenz, die vom 8.–19.1.1991 in New York stattfinden soll.

Ziel der Konferenz ist eine Ergänzung des Atomteststop-Vertrages. Der 1963 geschlossene Vertrag besagt, daß Atomtests nur unterirdisch durchgeführt werden dürfen und enthält das ausdrückliche Ziel des Atomteststops. Nach 26 Jahren soll nun endlich dieses Ziel verwirklicht werden, und es ist mit einem fast einstimmigen Votum der 116 Teilnehmerstaaten zu rechnen. Einzig die USA wehren sich dagegen und haben mit ihrem Veto-recht die Möglichkeit, den Abschluß des Vertrages zu verhindern.

Einer der Hauptgründe der USA dürfte die Entwicklung von SDI sein. Dafür sind in den kommenden 10 Jahren

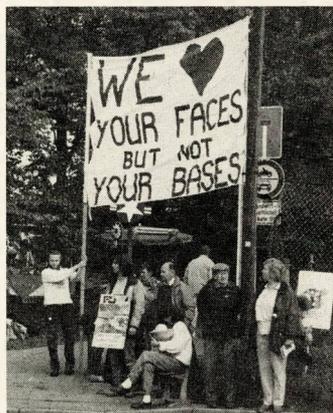


Foto: A. Emmerling

ca. 1 000 Atomtests geplant. Insgesamt wurden seit 1945 weltweit 1 832 Atomtests durchgeführt. Davon fallen auf die USA 927, auf die UdSSR 642 und auf Frankreich 183 Tests.

Die Friedenstest-Kampagne schlägt deshalb Protestaktionen besonders in der Woche vom 7. bis 12. Januar 1991 vor, um Druck auf die USA auszuüben, dem Vertrag zuzustimmen.

Weitere Infos und Termine bei: Aktionsbüro Atomteststop, Stralsunder Weg 50, 5300 Bonn 1, oder: Friedensbüro, Neckarhalde 8, 7400 Tübingen

KDV-International

UdSSR

Wie das sowjetische Verteidigungsministerium im Oktober bekanntgab, ist die Zahl der Kriegsdienstverweigerer sprunghaft angestiegen. 1989 erschienen 6 647 Wehrpflichtige nicht zur Musterung. Allein bei der Frühjahrmusterung dieses Jahres waren es fünfmal so viele wie im gesamten Vorjahr. Im letzten Jahr wurden 292 von ihnen zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Schweden

Wie Mitte Oktober bekannt wurde, hat der Verteidigungsausschuß des schwedischen Parlaments mit den Stimmen aller Parteien die Abschaffung der Prüfungskommission für Kriegsdienstverweigerer beschlossen. In den vergangenen Jahren hatten sich sowohl die Klagen von KDVern über die restriktive Haltung der Militärkommissionen wie auch die Klagen der Kommissionsmitglieder gehäuft, die sich außerstande sahen, das Gewissen eines Menschen zu messen.

Italien

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums ist die Zahl der Kriegsdienstverweigerer im vergangenen Jahr auf 13 746 Personen angestiegen. 1988 waren es noch 5 979. Das italienische Verfassungsgericht verfügte deshalb, daß der Alternativdienst genauso lange dauern muß wie der Wehrdienst – nämlich 12 Monate.

Südafrika

Das oberste Gericht Südafrikas hob am 13.8.90 die Strafe für den 20jährigen KDVer Charles Bester auf, der im Dezember '88 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Er war 20 Monate in Haft, als das Gericht seinem Gnadengesuch stattgab.

Damit ist momentan kein KDVer mehr in Südafrikas Gefängnissen. Seit März ist die zuvor übliche Verurteilung zu 6 Jahren nicht mehr zwingend. **Schweiz**

Anfang Oktober verabschiedete das Schweizer Parlament eine Änderung des Militärstrafgesetzes, die eine teilweise Entkriminalisierung der Militärdienstverweigerung vorsieht. Militärverweigerer, denen religiöse oder ethische Gründe anerkannt wurden, erhielten nach bisher zu maximal sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen, die überwiegende Mehrheit, erhielten nach konstanter Strafpraxis Strafen zwischen drei und vierzehn Monaten Gefängnis. Strafen bis zu sechs Monaten werden in der Schweiz in Halbgefängenschaft (Freigang) vollzogen. Durch die Gesetzesänderung soll nun die Möglichkeit der Halbgefängenschaft für Militärverweigerer wegfallen, dafür müssen die durch das Militärgericht „anerkannten“ Verweigerer einen Arbeitsdienst im öffentlichen Interesse von bis zu 2 Jahren ableisten, diese Verurteilung wird dann auch nicht im Strafregister eingetragen, die „gewissenlosen“ werden nun Strafen über sechs Monate zu erwarten haben. Die Militärverweigererorganisationen, Beratungsstellen für Militärverweigerer und die Vereinigung der Kriegsdienstverweigerer haben nun beschlossen, das Referendum gegen dieses Gesetz zu ergreifen. Unterstützung erhielten sie von 'amnesty international', den Grünen und der SP Schweiz. Sie haben nun drei Monate Zeit um 50 000 Unterschriften zu sammeln. Gelingt ihnen dies, findet nächstes Jahr eine Volksbefragung dazu statt. Hauptkritikpunkte an der Vorlage sind die weiter darin vorgesehenen Gewissensprüfungen (durch Militärgerichte!), die allgemeine Strafverschärfung und der Effekt, daß ein echter Zivildienst damit weiterhin auf die lange Bank geschoben werden kann. Bereits im Sommer wurde von der CVP (Schweizerisches Pendant zur CDU) eine Volksinitiative lanciert, die einen Zivildienst auf Grundlage des Tatbeweises und mit höchstens eineinhalbfacher Dauer gegenüber dem Militärdienst erreichen will. Die CVP hat nun 1,5 Jahre Zeit, um 100 000 Unterschriften für dieses Volksbegehren zu sammeln.

Kein Platz im Knast für KDVer

Im eidgenössischen Tessin ist in den Haftanstalten für KDVer kein Platz mehr frei. Normalerweise müßten die Kriegsdienstverweigerer eine sechsmonatige Gefängnisstrafe abbüßen. Die Kantonsregierung in Bellinzona hat den Gewissenstäter nun angeboten, ihren Haftantritt erstmal für sechs Jahre aufzuschieben.

KDV wegen Golf-Konflikt

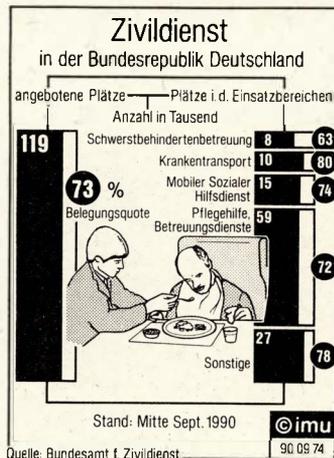
Der 23jährige kalifornische Marinekorporal Erik Larson weigert sich, seiner Einberufung zu den Truppen am Golf zu folgen. Er könne vor seinem Gewissen nicht mehr länger blind den Befehlen seiner Vorgesetzten gehorchen.

Er wirft der US-Regierung Doppelmoral vor: Bis zum Tag vor dem irakischen Einmarsch in Kuwait habe die USA noch Waffen an den Irak geliefert, einen Tag später sei Saddam Hussein das „Monster“ gewesen. Die einzige Lösung der Krise liege seiner Meinung nach im Abzug aller Streitkräfte und der Aufnahme ernsthafter Verhandlungen.

Erik Larson ist nicht der einzige Verweigerer: Drei Kameraden seiner Einheit, ein Pilot auf dem Luftwaffenstützpunkt in Hawaii und rund 200 Reservisten auf einem anderen Stützpunkt seien ihrer Einberufung nicht gefolgt.

Nach Mitteilung der amerikanischen Friedensbewegung finden seit August in allen amerikanischen Bundesstaaten Protestaktionen gegen den Truppenaufmarsch in der Golfregion und für eine friedliche Lösung der Krise statt.

Alex Molnar, Professor für Erziehungswissenschaften und Vater eines 21jährigen Marine-Soldaten, der nach Saudi-Arabien eingezogen wurde, schrieb einen Protestbrief an Präsident Bush, der in der New York Times veröffentlicht wurde. Darin wirft er der Regierung Bush vor, sie habe aufgehört, „eine nicht-militärische Außenpolitik zu verfolgen“, und benutze das Militär, „um den Bankrott ihrer Diplomatie zu verbergen“. Weiter schreibt er: „Und jetzt schicken Sie meinen Sohn nach Saudi-Arabien. Wofür? Für billiges Benzin? Sie sagen, mein Sohn setze sein Leben ein, damit wir unseren 'American Way of life' beibehalten können. Meinen Sie damit unser 'Recht', bis 30% der weltwei-



ten Ölproduktion zu konsumieren? ... Ich befürchte, daß Sie unter wachsendem Druck das Leben meines Sohnes einsetzen werden, damit Sie politisch überleben. Wenn Sie, wie ich vermute, letztlich doch den Angriffsbefehl gegen Irak geben, dann ist es Gott, der Ihnen vergeben muß. Ich werde es nicht tun.“

Auch in Australien weigerten sich mehrere Matrosen, in ihrem Truppenteil zu erscheinen. Die Eltern von über 60 katalanischen Soldaten, die wegen der Seeblockade Iraks mobilisiert wurden, erheben gegen die spanische Regierung Anklage. Die drei in der Verfassung festgeschriebenen Pflichten für Militärangehörige – Verteidigung der territorialen Integrität, der Souveränität des Landes und der spanischen Verfassung – seien bei der Blockade nicht gegeben.

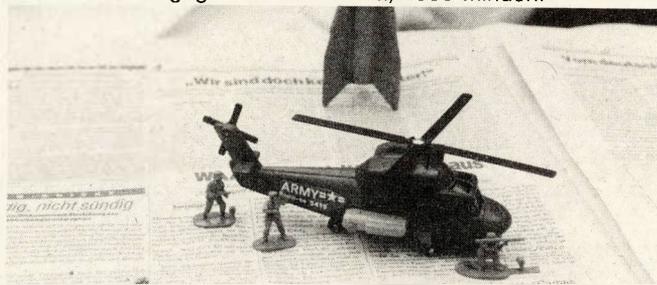


Foto: W. Schulz

Ausstellung „Krieg im Spiel – Spiel im Krieg“

Als kritischen Streifzug durch die (Kriegs-)Geschichte unseres Jahrhunderts im Spiegel der Spiele versteht sich eine Ausstellung, die Marburger Student/innen in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Spiele Archiv vom 21.10. bis 25.11.90 veranstalten. Im Rahmen eines Forschungsprogramms gingen die Studierenden etwa folgenden Fragen nach:

Wie erscheint das Thema Krieg im Spiel? Mit welchen

Im Irak selber wurden nach Mitteilung der Kairoer Tageszeitung 'Al Ahram' im August 120 Armeeoffiziere hingerichtet, weil sie sich geweigert hatten, an dem Überfall auf Kuwait teilzunehmen.

Walter Deindörfer im Ruhestand

Am 30. September wurde Walter Deindörfer, Diakon und Beauftragter für KDVer und ZDL der bayerischen Landeskirche nach knapp 20 Dienstjahren in diesem Arbeitsbereich in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Als einer der ersten hauptamtlichen KDVer-Seelsorger in der Bundesrepublik hat Walter Deindörfer seit 1971 insgesamt 527 KDVer-Verhandlungen begleitet, die in 390 Fällen mit der Anerkennung des KDVer endeten. Auch die wub-Redaktion wünscht dem frischgebakkenen Privatier alles Gute!

Grundausbildung in gewaltfreier Aktion

Zu einer Diskussionsrunde über Chancen und Möglichkeiten einer „Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktlösung und Sozialer Verteidigung“ lädt der Bund für Soziale Verteidigung alle Interessierten im Januar nach Minden ein. Der genaue Termin stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest. Kontakt: Bund für Soziale Verteidigung, Friedensplatz 1a, 4950 Minden.

Neu erschienen:

Walter R.W. Stauer: „**Ich bin ein Zivi**“ – Ein Handbuch für Zivildienstleistende.

Dieses Buch will den ZDL begleiten, von der Verweigerung bis zum Zivildienst, im Alltag an der Dienststelle und über die Zivildienstzeit hinaus. Der Autor liefert u.a. Informationen über die Geschichte des Zivildienstes, Rechte und Pflichten, und einen weltweiten Überblick über KDVer und ZDL. rororo Sachbuch 85, 44, 315 Seiten, August 1990; Preis s.S. 29

Heinz Janning, Klaus Pokatzky, Hans-Jürgen Röder, Peter Tobiansen (Hg.): „**Kriegs-/Ersatzdienst-Verweigerung in Ost und West**“

Das Buch ist eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Diskussion um KDVer und Zivildienst. Die Beiträge zeichnen die Entwicklung in der Bundesrepublik und erstmalig auch die Geschichte der KDVer in der DDR nach. Weitere Beiträge über Spanien, Polen, Ungarn und die UdSSR zeigen, daß die Diskussion um KDVer auch im europäischen Ausland lebhaft geführt wird. Die Herausgeber lassen Menschen zu Wort kommen, die alle direkt oder mittelbar mit dem Thema befaßt sind, Klartext-Verlag, ISBN 3-88474-444-5, 404 Seiten, Preis s.S.29

Wolfgang R. Vogt (Hg.): „**Mut zum Frieden**“ – Über die Möglichkeiten einer Friedensentwicklung für das Jahr 2000. „Mut zum Frieden“, das muß nach Überzeugung des Herausgebers Wolfgang R. Vogt, leitender wissenschaftlicher Direktor an der Führungsakademie der Bundeswehr, v.a. bedeuten, daß der Westen endlich den Übergang von der militärischen Friedenssicherung zur zivilisierten Friedensgestaltung anpackt: Nicht Aufrüstung, Abschreckung und Konfrontation, sondern eine Friedensentwicklung durch Abrüstung, Abhaltung und Kooperation.

Daß dies in konkreten Schritten geschehen kann, daß beispielsweise die vorhandenen Strukturen durch radikales Umdenken und Umwandeln gegen die tatsächliche ökologische Bedrohung einsetzbar wäre, das wird aus den Beiträgen dieses Buches deutlich. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1990, 348 S., ISBN 3-534-80109-1, Preis s.S.29

BRIEFE

AN DIE WUB-REDAKTION

wub 3/90, „Rechtsextreme und Computer“

Sehr geehrte Damen und Herren!
Als langjähriger DFÜ-User kann ich es mir nicht verkneifen, Ihnen ein Lob für Ihre, zwar kurze aber sehr objektive, Berichterstattung zum Thema Rechtsradikale und Rechner auszusprechen. Schon oft habe ich mich über Artikel anderer Zeitschriften geärgert, bei deren Lektüre man den Eindruck vermittelt bekommt, daß mindestens in jeder größeren Stadt eine rechte Box zu finden sei. Das schürt vollkommen unbegründete Ängste. Sicher haben so manche Eltern ein ungesundes Gefühl, wenn ihr Kind in die DFÜ einsteigt.

Die Situation hier im Ruhrgebiet sieht folgendermaßen aus: Seit ich DFÜ betreibe (ca. 1400 Connects) habe ich niemals auch nur eine einzige Message mit nationalsozialistischen Tendenzen gelesen. Nirgendwo und in keiner Box! Nachdem mir Gerüchte über Nazi-Boxen in Solingen zu Ohren kamen, habe ich dort ganz bewußt ein wenig rumgeschnüffelt, aber nichts gefunden.

Erwähnenswert sind aber antifaschistische und linke Tendenzen. Hier gibt es zum einen natürlich das bundesweite „Links-Netz“. Zum anderen finden sich in vielen beliebten Boxen antifaschistische Bretter. Aber selbst in den Boxen, deren Grundstruktur absolut unpolitisch ist, entwickeln sich Diskussionen in den Talk-Brettern immer in die Richtung, die Sie in Ihrem Artikel bereits darstellten: Allgemeine Ablehnung.

ZDL Ralf Mohn, Velbert
(Username: Nansen)

ZDL-T-Shirts ein Erfolg

Das von den „Holmecker Jungens“ ins Leben gerufene Zivi-Shirt fand bei seinen neuen Trägern ein sehr positives Echo. Mit einer Fülle von Anfragen waren die Holmecker Zivis zunächst übefordert. Doch möchten sich die „Macher“ an dieser Stelle sowohl für die ermutigenden Zuschriften, als auch bei der wub-Redaktion für ihre Mithilfe bedanken.

Der Reinerlös aus dem Projekt wurde an die Dritte-Welt-Arbeit weitergeleitet, so z.B. dem christlich-humanitären Hilfswerk World Vision.

Ab Mitte November sind sogar bedruckte Sweat-Shirts in Planung.

Infos und Bestellungen bei:

Burkard Stein, Saarbrückner Str. 64,
3300 Braunschweig.

Liebe wubler!

Zuallererst möchte ich Euch ermutigen, in Eurem Stil weiterzuschreiben und zu drucken.

Ich bin seit geraumer Zeit „schwarzer“ Leser Eures Blattes. Im November '89 wurde ich zur NVA (Bausoldaten) einberufen. Über Umwege gelang dann der Ein-(Um)stieg in den Zivildienst. Deshalb bin ich Euch auch sehr dankbar für die Hinweise zu Eurem ZDG (insbesondere § 79), welches ja nun auch für uns Anwendung finden wird (3.10.90).

Die Beiträge über Rechtsextremismus und die Atomkraft finde ich sehr gut. Bei letzterem fehlt mir von den Fachleuten ein biß-

chen das Eingehen auf den erhöhten Energieaufwand beim Abbau sowie das Endlagerungsproblem. Man soll nicht einen begangenen Fehler durch einen größeren versuchen zu bereinigen. Natürlich können nicht alle Kernkraftwerke abgeschaltet werden, obwohl das vielleicht mal ganz wirksam wäre (Energieverbrauch!).

Euer Reisebericht hat mich neugierig gemacht, so daß ich den ausführlichen Reisebericht bestellen werde. Danke auch noch nachträglich für den Gentechnik-Beitrag, der mich mit vielen mir unbekanntem Fakten aus meiner Ahnungslosigkeit geholt hat.

Friede sei mit Euch
Steffen Kluge, Dresden

Hallo Redaktion,

Einige meiner Schulfreunde und Bekannte haben 15 Monate Bundeswehr hinter sich – waren teilweise vorher uninformiert/faul/nachlässig, sind aber von nachträglichen Verweigerungsgedanken „infiziert“. Ist dies nun (da nur noch W 12 existiert) möglich, ohne „nachdienen/zivilisieren“ zu müssen? Über Infos – Rechtslage und aktuelle Urteile – würde ich mich freuen, da ich gerne informieren würde.

Vielen Dank im voraus,
Ciao, Andreas Mittelstraß

Anmerkung der Redaktion

Die letzte Information bis Redaktionsschluß war folgende: Die Nachdienstzeit für als KDVer anerkannte Reservisten, die volle 12 Monate Bund hinter sich haben, beträgt noch 2 Monate. Wer 15 Monate beim Bund war, der muß nicht mehr nachdienen.

Betr.: Leserbrief zur letzten Ausgabe

Mit der typisierten Weltansicht Ihrer Zeitung ügen Sie sich in einen alten Kampf ein. Sie begründen mit der Rechten Ihre Existenz und genauso macht es die Rechte mit der Linken. Sie sind natürlich gegen Feindbilder, wie sie lange zwischen Ost und West herrschten. Und was findet man auf Ihrem Titelbild? Kein Feindbild als schriftlich geäußertes Muster, sondern gleich das Bild selbst.

So erreichen Sie doch wirklich nichts, außer neuem Haß auf die Linke. So rechtfertigen Sie doch teilweise die Existenz der Rechten, indem Sie den Haß der Linken auf die Rechten schüren. Und das wird dann ethnisch und religiös begründet. Das ist doch paradox. Sie schaffen so nur vernichtende Distanz. Ihre Zeitung ist wirklich angenehm zu lesen. Man lese die Überschriften, denke ein bißchen in Stereotypen und Kategorien und die Artikel ergeben sich von selbst.

Auf Besserung hoffend und mit freundlichen Grüßen

ZDL Martin Stanschus

Betr.: Art. 12a(2), Grundgesetz

Liebe wub-Redaktion

In den Jahren 1985 bis 1987 leistete ich meinen Zivildienst, insgesamt 20 Monate. Eigentlich nur 17, da ich erst in der BW verweigerte und dafür noch vor den Ausschuß mußte – Warum nur? Tut aber hier nichts zu Sache.



Der „Wehrdienst“ betrug 15 Monate damals. Nun steht zwar in unserem (bewährten etc.) Grundgesetz im Artikel 12a(2), daß die Dauer des Ersatzdienstes die Dauer des Wehrdienstes nicht überschreiten darf, aber, so hörte ich, der entlassene Grundwehrdienstleistende hat noch mit Wehrübungen zu rechnen. Daher gilt 20=15 + eventuelle Wehrübungen bis zum 27. (oder 31.?) Lebensjahr. Basta.

Jetzt, nur zwei Jahre später, wird endlich ein wenig damit angefangen, was ich damals aus eigener Einsicht tat: abrüsten. Es sollen nur noch 370 000 Mann sein, bei größerem Bevölkerungsreservoir. Meine Frage nun:

Kann ich damit rechnen, daß diejenigen, die damals 15 Monate Wehrdienst leisteten, nun wirklich 5 Monate Wehrübung abschrieben? Es ist nicht so, daß ich das will. Aber es kümmert sich offenbar niemand so recht um diesen Art. 12a(2), und ich als Nichtjurist möchte gerne wissen, ob weiterhin und in Zukunft auch im vereinten Deutschland 12=15 ist.

Mit freundlichem Gruß

Roland Völlmer

PS.: Ein Lob noch für die Zeitschrift. Zwar im Moment nicht topaktuell, dafür aber immer gründlich!

Anmerkung der Redaktion

Bis Redaktionsschluß blieb es trotz zahlreicher (auch kirchlicher) Proteste und trotz des Kompromißvorschlages des Bundesrates (12=13) beim Parlamentsbeschluß 12=15. Dieser Beschluß kam bei der ersten Sitzung des neuen Bundestages am 5.10. mit knapper Mehrheit zustande, nachdem rund 250 Abgeordnete der Sitzung fern geblieben waren.

Unter den Abwesenden waren auch viele CDU-Abgeordnete der ehemaligen DDR, die damit vermutlich dem Fraktionszwang entgegen wollten, und namentlich die fünf neuen Minister ohne Geschäftsbereich stimmten bei der Abstimmung nach Aussage des SPD-Abgeordneten Freimut Duve gegen ihren Beschluß aus der DDR-Volks-

kammer, der die gleichlange Dienstzeit vorsah.

Wenn es bei der Ungleichbehandlung bleiben sollte, dann wollen norddeutsche ZDL mit Unterstützung des Bremer Justizsenators Volker Kröning mit einer Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe klären lassen, ob diese Regelung noch grundgesetzkonform ist. 1978 hatte das BVG die unterschiedlichen Dienstzeiten u.a. mit den Wehrübungen der Soldaten begründet. Tatsächlich beträgt aber heute die durchschnittliche Dauer solcher Übungen nur 3,5 Tage.

W. Sch.

**wub 3/90, Kontrovers
Liebe wub-Redaktion,**

„Bessere Chancen durch den Treibhauseffekt ... Nukleare Renaissance ... Nur in Deutschland gibt es ein letztes Aufbäumen der Atomgegner“ wird der neueste Report der Zeitschrift 'WirtschaftsWoche' betitelt. Das Thema ist also nicht nur in der Zivildienstseelsorge aktuell.

Nachdem Parolen wie „Die-Lichter-gehen-aus“ oder „Kernkraft-ist-billig-und-sicher“ den Kernkraftpropheten nicht mehr geglaubt werden, war abzusehen, daß sie mit der Klimakatastrophenangst ihr nächstes Täuschungsmanöver starten.

Ein Konsens „Atomrisiko statt Klimakatastrophe“ ist jedoch noch lange nicht ausgemacht. Schließlich treibt nicht nur ein Häuflein niedersächsische Grüne die Atom-Müller in die Flucht über die Elbe nach Morsleben. Der Widerstand gegen die Atomkraft ist nach wie vor international aktiv. Die Kernkraft-Propheten ignorieren nur die heißen Ausstiegsdiskussionen in der Schweiz. Sie ignorieren, daß Polen kraft Regierungsbeschluß zumindest diese Renaissance der Kernenergie nicht mitmachen will, sondern lieber in eine Gesundung seiner Energiewirtschaft investiert. Was übrigens auch eine wesentlich stärkere Reduzierung der CO₂-Emissionen mit sich bringt. Sie ignorieren, daß die Franzosen mit wachsenden Bedenken, was die Finanzierung und was Betriebssicherheit betrifft, auf ihre Atomkraft-Massenhaltung blicken.

In beiden Ländern, Frankreich und Schweiz, können Standorte für atomare Endlager nur unter massivem Polizeischutz erkundet werden. Und wen wundert's: die Ukraine steigt auch aus.

So drängt sich eher der Gedanke auf, ob nicht eben diese „Neubewertung der Kernkraft“ ein letztes Aufbäumen der Atomlobby ist. Bei der nächsten Atom-Flaute (nach der nächsten Reaktorkatastrophe?) werden die regenerativen Energien wieder einen großen Entwicklungsschritt geschafft haben und einen endgültigen Ausstieg leichter machen.

Natürlich ist es traurig, wie die Schweden Umweltzerstörung schlechthin verbieten wollen und sich beim ersten Realitätschock zurück zur Kernkraft flüchten. Natürlich ist es bemerkenswert, wie in den USA die Bush-Regierung mit vereinfachten Genehmigungsverfahren die Rückkehr zum Atom leicht macht. Allerdings darf nicht wundern, daß es dort „selbst bei den Grünen mehr Befürworter als Gegner des Atomstroms“ gibt: in einer Zeit, da fast auf

jeder Verpackung das Etikett „umweltfreundlich“ klebt und fast jeder Politiker und Manager ein grünes Mäntelchen im Winde flattern läßt, gehen diejenigen, für die Ökologie keine Modemasche ist, leicht in der Masse unter.

Bedenklich ist die Wiederbelebung der Kernkraft aber, wenn deutsche Politiker und Manager bewußt die ersten gesamtdeutschen Wahlen abwarten, um dann erst ihre wahren Absichten bekanntzugeben. „Erst nach der Wahl vom 2. Dezember sind unpopuläre Entscheidungen möglich ...“ – das riecht nach Tränengas und neuen Polizeieinsätzen. Sollten uns die östlichen Nachbarn in Sachen Demokratieverständnis überholt haben?

Endgültig bedenklich wird es mit der Renaissance der Atomkraft schließlich, wenn es darum geht, die steckengebliebenen Reaktorprojekte in Iran, in Brasilien, in Pakistan weiterzubauen. Angesichts der schwelenden Golfkrise kann man doch nur froh sein, daß der irakische Atomkraftbau von der israelischen Luftwaffe bombardiert wurde. Wer gibt die Gewißheit, daß die hochgerüsteten Heiligen Krieger nicht doch mehr Interesse am Sprengstoff Plutonium als am Atomstrom haben?

Das Ökosystem Erde könnte noch eine Renaissance der Kernkraft in den traditionellen Industrieländern verkraften. Den Ländern der Dritten Welt könnte dann aber der Zugriff auf die Atom-Technologie kaum verwehrt werden, weniger aus moralischen Gründen denn im Hinblick auf die Skrupellosigkeit einiger international tätiger Ingenieure.

Was daraus folgt ist, euphemistisch ausgedrückt, entweder eine häufigere Wiederaufführung des Spektakels von Tschernobyl oder eine Renaissance der Atombombe als einsetzbare Kriegswaffe. Oder beides. Mir sind dann ganz ehrlich die paar Zentimeter Meeresspiegelanhebung lieber, die das „fossile“ Kohlendioxid am Treibhauseffekt Anteil hat. Und also mache ich mich an die Arbeit, dem Raubbau an den Regenwäldern, den anderen Treibhausgasen, den Kondensstreifen der Flugzeuge, der Zerstörung der Meeresschelfe, der Verschwendung fossiler Rohstoffe Einhalt zu bieten.

Hoffentlich lassen die neuen Kernkraftpläne dafür noch etwas Geld übrig – und hoffentlich gibt es währenddessen keinen neuen GAU.

Mit herzlichen Grüßen
Axel Horn, München

Buchpreise von

- S. 27: Ich bin ein Zivi, DM 12.80
- Kriegs-/Ersatzdienst-Verweigerung, DM 19.80
- Mut zum Frieden, DM 29.80
- S. 25: Maus, Art Spiegelmann, DM 25.-
- S. 24: Auguste Kirchoff, DM 28.-
- S. 20: Waffenexport aus Deutschland, DM 9.80
- Rüstung ohne Grenzen, DM 14.-
- ... und morgen die ganze Welt, DM 16.80
- Tatort Kurdistan, DM 3.-
- Die sozialen Folgen der Rüstung, DM 1,20
- Tatort Stuttgart, DM 4.-
- Sturm im Golf, DM 9.80

**WAS
kann man einreichen**

Eigene Arbeiten aus den künstlerischen Bereichen Malerei, Zeichnen (Karikaturen), Grafik, Schmitztechnik... (keine Plastiken, keine Fotos). Formate bis 50 x 70 ohne Rahmung, größere bitte mit Rahmung einschicken. Es steht jedem/r Einsender/in frei, den Kunstwerken eigene Kommentare, Aphorismen... beizufügen.

**WER
kann mitmachen?**

Alle wub-Leser/innen, die uns ihre Werke einsenden. (Pro Frau oder Mann nicht mehr als drei!)

**WIE
lautet das Thema?**

Wir legen kein Thema fest, aber wir schlagen vor: Die Themenbereiche des Konziliaren Prozesses (Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung); Entmilitarisierung; Friedensentwicklung; Gewalt/Gewaltfreiheit, Erfahrungen im Zivildienst...

**WAS
passiert mit den Werken?**

Die wub-Redaktion stellt eine Auswahl der Werke auf einer Ausstellung während des Deutschen Evangelischen Kirchentages im Ruhrgebiet (5.-9.6.1991) aus. wub erhält für alle eingesandten Arbeiten die Abdruckrechte. Eine unabhängige Jury bestimmt die Preisträger. Die Entscheidung wird am 15.4.1991 bekanntgegeben. Die Werke werden nach dem Kirchentag den Einsendern/innen wieder zurückgeschickt.

**WER
vergibt die Preise?**

Entschieden wird die Preisverteilung durch eine Jury, bestehend aus einem Künstler, einem Kunstlehrer, zwei ambitionierten Zivis und Vertretern der wub-Redaktion.

**WOHIN
einsenden?**

Ausreichend frankiert an: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, (dort gibt's auch Auskunft bei Nachfragen).

**WANN
ist Einsendeschluß?**

Am 31.01.1991, definitiv! (Poststempel)

**WAS
ist ausgeschlossen?**

Der Rechtsweg.

- 1. Preis: 500.-
- 2. Preis: 200.-
- 3. Preis: 150.-
- 4. - 10. Preis: je 50.-

RÜSTZEITEN/WERKWOCHEN

Dranbleiben! Mitreden!

Nach dem
Zivildienst

abonnieren!



Ein Jahr
wub für DM 10.-

Bitte beachten: Evangelische ZDLs erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugeschiedt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen Interessenten bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10.- (4 Hefte einschließlich Versand).

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(PLZ, Ort)

(Datum, Unterschrift)

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. unten) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift)

Bitte ausschneiden und senden an:
Büro Pfarrer Helmut Schlüter
Vertrieb „was uns betrifft“
Barbarossaplatz 4 · 5000 Köln 1

Ausschneiden und mit Postkarte kleben

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfadene E 5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38.- erstattet.

BADEN

- 10.12.-14.12.1990 Oppenau: „Bibliodrama“ – Spielerische Begegnung mit einem biblischen Text
 10.12.-14.12.1990 Oppenau: Deutschland ohne Armee – welche Alternativen haben die Kriegsdienstverweigerer?
 25.02.- 1.03.1991 Oppenau: Musik zu Krieg und Frieden
Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Kurt Kern und Theodor Ziegler, Postfach 2269, 7500 Karlsruhe 1, Telefon (07 21) 168-333.

BAYERN

- 3.12.- 7.12.1990 Schwanberg: „Adventsmeditation“
 14.01.-18.01.1991 Prackenfels: „Theater der Unterdrückten“
 21.01.-25.01.1991 Schwanberg: „Meditation“
 18.02.-22.02.1991 Neukirchen-Lautertal: „Gewaltfreier Widerstand“
Anmeldeformulare: Beauftragter für KDV und ZDL, Wolfgang Langenbach, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, Telefon (09 11)43 04-238.

HESSEN-NASSAU

- 3.12.- 7.12.1990 Höchst/Odw.: Einführung in Gewaltfreies Handeln
 21.01.-25.01.1991 Höchst/Odw.: Einführung in Gewaltfreies Handeln
Anmeldeformulare: Beauftragter für Zivildienstseelsorge, Pfarrer Hans-Jürgen Rojahn, Kiesstr. 18, 6100 Darmstadt, Telefon (0 61 51) 4 40 88.

KURHESSEN-WALDECK

- 11.02.-15.02.1991 Naumburg: Männerbilder – Frauenbilder
 18.02.-22.02.1991 Bad Hersfeld: Einfälle statt Abfälle
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Harleshäuser Str. 138, 3500 Kassel, Telefon (05 61) 6 20 00

NIEDERSACHSEN

- 3.12.- 7.12.1990 Spiekeroog: „Wehrdienst und KDV/Zivildienst in einer sich verändernden Welt“
 10.12.-14.12.1990 Obernkirchen: „M. L. King: Gewaltfreie Aktion und soziale Gerechtigkeit“
Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Archivstr. 3, 3000 Hannover 1, Telefon (05 11) 12 41-468

NORDELBIEIEN

- 26.11.-30.11.1990 Koppelsberg/Plön: Themen nach Vorschlägen der ZDL
 7.01.-11.01.1991 Koppelsberg: „Prost Neujahr“ – 1 Jahr später Rückschau
 18.02.-22.02.1991 Koppelsberg: „Erklärung der Menschenrechte“
Anmeldeformulare: Kirchlicher Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Telefon (040) 25 88 81 und 2 50 89 90.

PFALZ

- 4.02.- 8.02.1991 Bad Dürkheim: Gewalt – los! Über Gewalt und Gewaltfreiheit
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle Friedensdienst, Ludwigstr. 28, 6720 Speyer, Telefon (0 62 32) 7 82 38.

WESTFALEN

- 3.12.- 7.12.1990 Villigst: „Südl. Afrika“
 10.12.-14.12.1990 Villigst: „Vertrauensleute“
 14.01.-18.01.1991 Villigst: „Psychiatrie“
 21.01.-25.01.1991 Villigst: „Gentechnologie“
 4.02.- 8.02.1991 Nordhelle: „Altenarbeit“
 11.02.-15.02.1991 Berchum: „Theater“
Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, Haus Villigst, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5, Telefon (0 23 04) 755-230.

WÜRTTEMBERG

- 18.02.-22.02.1991 Tübingen: „Im Lichte Allahs“ Islam und Panarabismus
 18.02.-22.02.1991 Gschwend: „Was können wir tun, um einen Klimakollaps zu verhindern?“
Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Telefon (07 11) 6 36 81 49.



Aufschrei

Viele Menschen spüren bis in ihre Träume, wie sehr beides zuschanden geworden ist: die Moralität und die Rationalität gegenwärtiger Politik. Viele Erwartungen richten sich auf die Christen. Die Folgerungen, die ich heute aus der biblischen Botschaft ziehe, sind einschneidend:

Erstens: Die Stunde ist gekommen, in der wir nicht mehr gleichberechtigt reden dürfen vom Friedensdienst mit und ohne Waffen. Friedensdienst ohne Todes-Gewalt ist das einzige Evangelium, das wir zu vertreten haben.

Zweitens: Die Stunde ist gekommen, in der die Kirche nicht nur diesem und jenem einzelnen Kriegsdienstverweigerer Beistand zu gewähren hat, sondern endlich das wird, wozu Jesus befreien wollte: Zu der Institution von Kriegsverweigerung schlechthin! Also nicht nur ein unzweideutiges Nein zu den atomaren Massentötungswaffen, sondern zum Wehrdienst überhaupt. Die lebensfeindlichen Möglichkeiten militärischer Gewalt treten ja gegenwärtig so monströs zutage, daß jede Form von Wehrdienst nunmehr den Charakter einer antijesuianischen Haltung annimmt.

Ein Aufschrei im Namen des

Lebens, das nicht uns gehört, das ist es, was viele Menschen von uns erwarten, die wir uns nach ihm nennen, der jede Gewalt verwarf.

Drittens: Und hier nehme ich einen Gedanken Tucholskys auf: Die Kirchen haben ja noch niemals ernsthaft versucht, der psychologischen und medienbegleitenden Vorbereitung der Weiterrüstung auch in unserer Republik offen zu widerstehen, alles für die Rechtfertigung des militärischen Tötens zu sperren: Alle Kirchen zu sperren, alle Religionsstunden, den lebenskundlichen Unterricht der Militärsseelsorger, die Denkschriften, die Gebete, die Kassen, die Herzen...

Man weiß ja noch gar nicht, wie eine Generation von Gläubenden aussähe, die entschlossen vom Tode zum Leben umkehrt, die in der Luft eines starken, widerstandsfähigen christlichen Pazifismus aufwächst. Das weiß man nicht – wir aber wollen es endlich wissen!

Hans-Eckehard Bahr

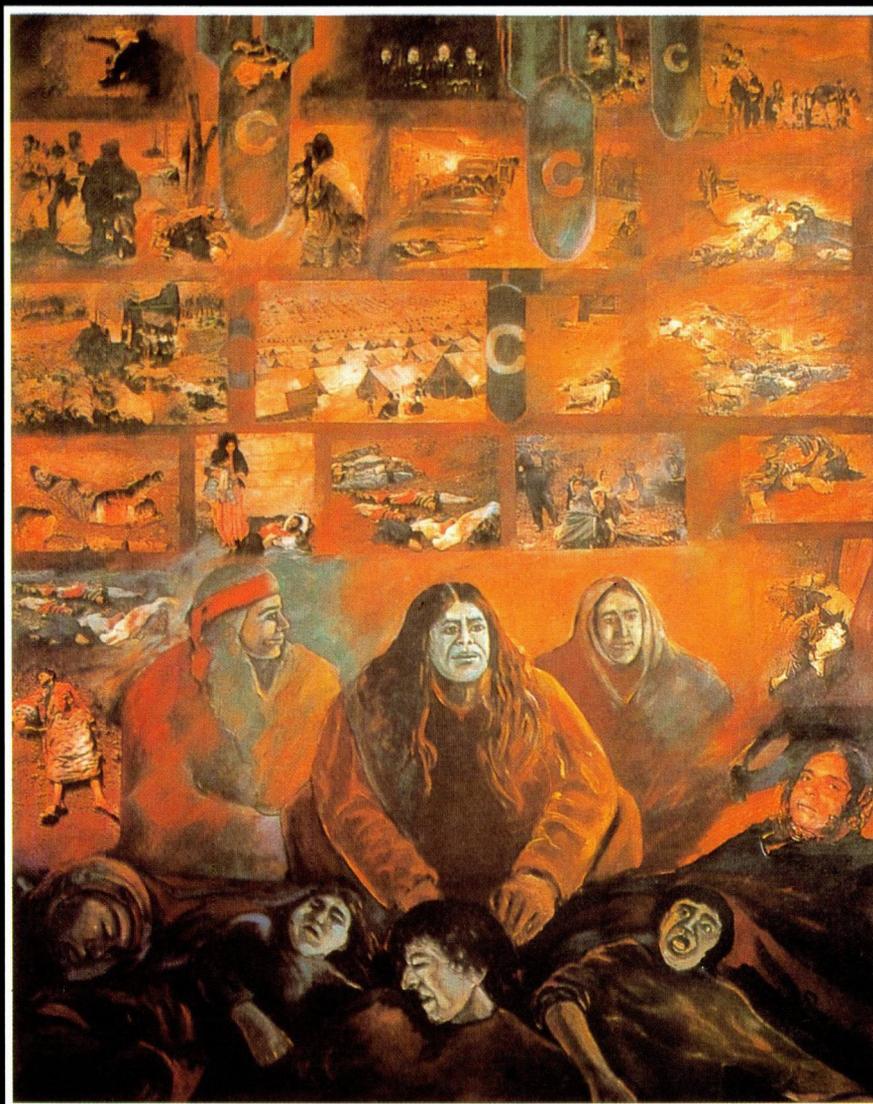
Der Autor ist Professor für evangelische Theologie an der Ruhr-Universität Bochum. Obiger Text wird im Herbst '90 erscheinen in: H.-E. Bahr, Hg.: „Von der Armee zur europäischen Friedenstruppe“; Droemer-Knaur-Taschenbuch.

Foto: Martin Storz/Graffiti

welt

ART

Haşim Saydan, »Ein menschenwürdiges Leben für das kurdische Volk«



* Das Bild ist als Din A 2-Plakat (DM 1,-50) erhältlich bei: Ohne Rüstung leben, Furtbachstr. 10, 7000 Stuttgart 1.

»Ein menschenwürdiges Leben für das kurdische Volk« nennt der Künstler Haşim Saydan sein bewegendes politisches Gemälde.* Es ist ein Bild voller schmerzlicher Klage über den Völkermord an den kurdischen Menschen. Saydans politische Malerei ist Kunst im Dienste der Erinnerung gegen das Vergessen.

Das Bild ist ein anklagendes Kunstwerk, das das Gedächtnis an die Opfer, Frauen, Männer, Kinder und Greise, wachhält. Gerade die Kurden, die drittgrößte Volksgruppe im Nahen und Mittleren Osten, sind ein vom Genozid bedrohtes Volk, ohne Menschen- und Freiheitsrechte.

Der Künstler zu seinem Bild: »Als Kunstmaler fühle ich eine sehr starke Betroffenheit bezüglich der Geschichte und Gegenwart meines Landes und Volkes, was ich in meinen Arbeiten zum Ausdruck bringen möchte: die Unterdrückung, Verfolgung, das Leiden und das Leben des kurdischen Volkes. In diesem Bild stelle ich die Qualen und den Leidensweg der Menschen aus Kurdistan dar, die Opfer des Giftgasanschlages, durchgeführt von der irakischen Regierung, wurden.« Im Vordergrund sieht man die Überlebenden, die ihre Toten betrauern, im Hintergrund, auf einer Art Klagemauer, stellt der Künstler collagenartig den Giftgaseinsatz gegen die Stadt Halabja dar, bei dem mindestens 5000

Menschen sofort den Tod fanden. Reale Fotodokumente dienten dem Maler als Vorlagen. Es sind grausame Szenen des Leidens, des Elends in den überfüllten Flüchtlingslagern, des gewissenlosen Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

Ganz oben eine Darstellung von lachenden Militärs, die wie Herren und Götter über Leben und Tod thronen. Giftgasbomben fallen vom Himmel herab, chemische Waffen, die mit Hilfe unseres christlichen Landes in den Giftgasfabriken Iraks produziert und von deutschen Hubschraubern abgeworfen wurden.

So ist das Bild auch ein lauter Protest gegen die Praxis deutscher Rüstungsexporte. Das Plakat des Künstlers wirkt wie ein gemalter Aufschrei, wie ein Appell an uns alle, nicht länger zu schweigen, sondern das uns Mögliche zu tun, um zu unterstützen, was die ökumenische Versammlung: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Basel 1989 so formuliert hat: »Wir rufen alle Länder und Regierungen in Europa auf, sich zusammenzutun, und zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel, die Entwicklung, Herstellung und Stationierung sowie den Besitz und die Anwendung von Massenvernichtungsmitteln, seien es nukleare, biologische oder chemische Waffen, völkerrechtlich zu verurteilen und folglich zu beenden.«

Harald Wagner